



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Umweltbewußtsein in Deutschland 1998

Ergebnisse einer repräsentativen
Bevölkerungsumfrage



Bundesumweltministerium

Umweltforschungsplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit, Förderkennzeichen 201 07 383

**Umweltbewußtsein
in Deutschland 1998**

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage

Im Auftrag
des Umweltbundesamtes

Berlin 1998

Herausgeber:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

Projektgruppe:

GFM-GETAS, Gesellschaft für Marketing-, Kommunikations- und Sozialforschung mbH,
Hamburg, Barbara L. von Harder
Institut für Soziologie der Universität Rostock,
Prof. Dr. Peter Preisendörfer
Institut für Soziologie der Universität Bern,
Prof. Dr. Andreas Diekmann

Autor dieses Berichts:

Peter Preisendörfer

Druck:

SDS Böhm, 53547 Hausen

Stand:

Februar 1998

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Ergebnisüberblick	1
1. Konzeption und Durchführung der Untersuchung	11
2. Umweltverhältnisse in Deutschland	12
2.1 Einschätzung der Umweltverhältnisse	12
2.2 Umweltbelastungen im persönlichen Lebensumfeld	14
2.3 Wahrgenommene Verbesserungen im Bereich des Umweltschutzes	18
3. Ökologisches Problembewußtsein	20
3.1 Stellenwert des Umweltproblems im Vergleich zu anderen gesellschaftspolitischen Problemen	20
3.2 Aspekte des allgemeinen Umweltbewußtseins	22
3.3 Zahlungsbereitschaft für den Umweltschutz	26
4. Einstellungen und Verhalten im Bereich "Einkaufen/Konsum"	30
4.1 Einstellungen zum Thema "Einkaufen/Konsum"	30
4.2 Ausgewählte Verhaltensaspekte im Bereich "Einkaufen/Konsum"	32
4.2.1 Orientierung an Kennzeichnungen umweltfreundlicher Produkte	32
4.2.2 Weitere Aspekte umweltorientierten Konsumverhaltens	35
5. Einstellungen und Verhalten im Bereich "Müll/Recycling"	38
5.1 Einstellungen zum Thema "Müll/Recycling"	38
5.2 Ausgewählte Verhaltensaspekte und Rahmenbedingungen im Bereich "Müll/Recycling"	40
5.3 Beurteilung verschiedener Vorschläge zur Bewältigung des Müllproblems	43
6. Einstellungen und Verhalten im Bereich "Energiesparen/Wasserverbrauch im Haushalt"	44
6.1 Einstellungen zum Thema "Energiesparen im Haushalt"	44
6.2 Ausgewählte Verhaltensaspekte und Rahmenbedingungen im Bereich "Energiesparen/Wasserverbrauch im Haushalt"	46

	Seite
6.2.1 Heizungssysteme und Aspekte des Heizverhaltens	46
6.2.2 Weitere Aspekte energie- und wassersparenden Verhaltens	49
7. Einstellungen und Verhalten im Bereich "Auto/Verkehr"	51
7.1 Einstellungen zum Thema "Auto/Verkehr"	51
7.2 Ausgewählte Verhaltensaspekte und Rahmenbedingungen im Bereich "Auto/Verkehr"	54
7.2.1 Autoausstattung der Haushalte und allgemeine Nutzungshäufigkeit des Autos	54
7.2.2 Autonutzung für Freizeit, Urlaub und Einkaufen	57
7.2.3 Der Weg zum Arbeitsplatz	60
7.3 Beurteilung verschiedener umweltpolitischer Vorschläge im Bereich "Auto/Verkehr"	63
8. Umweltwissen und Umweltengagement	66
8.1 Umweltbezogenes Faktenwissen	66
8.2 Engagement für Belange des Umweltschutzes	68
9. Umweltpolitik: Akteure, gesetzliche Regelungen und Handlungsperspektiven	72
9.1 Vertrauen in die Leistungsfähigkeit verschiedener Akteure	72
9.2 Zufriedenheit mit dem Bundesumweltministerium	74
9.3 Umweltschutzgesetze und ihre Einhaltung	76
9.4 Ökologische Steuerreform und nachhaltige Entwicklung	77

ERGEBNISÜBERBLICK

1. Konzeption und Durchführung der Untersuchung

Der Bericht informiert über die Basisergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsumfrage "Umweltbewußtsein in Deutschland 1998". Eine Detailauswertung der Befragung wird in einem späteren analytischen Ergebnisbericht folgen. Empirische Grundlage sind 2.029 mündliche Interviews mit 1.224 Bürger/innen aus Westdeutschland und 805 Bürger/innen aus Ostdeutschland. Die Umfrage wurde in den Monaten Januar und Februar 1998 durchgeführt. Sie schließt an fünf frühere Erhebungen über Einstellungen zu Fragen des Umweltschutzes an, so daß sich zeitliche Trends seit Beginn der 90er Jahre nachzeichnen lassen. Durch die Anwendung eines Gewichtungsverfahrens auf die Daten sind im Bericht 1998 erstmals auch Ergebnisse und Trends für Gesamtdeutschland ausgewiesen.

2. Umweltverhältnisse in Deutschland

- 2.1 Die Einschätzung, ob die Umweltverhältnisse in Ostdeutschland eher gut oder eher schlecht sind, hat sich im Zeitraum von 1991 bis 1998 erheblich verbessert: Im Jahr 1991 waren nur 2% der Befragten der Meinung, die Umweltverhältnisse in Ostdeutschland seien gut oder sehr gut, im Jahr 1998 sind es 24%. Weniger Bewegung ist bei der Einschätzung der Umweltverhältnisse in Westdeutschland zu verzeichnen: Die positiven Urteile haben sich im Vergleich zur Erhebung 1991 geringfügig von 55% auf 60% verbessert. Nach wie vor werden damit die Umweltverhältnisse in Westdeutschland deutlich besser eingeschätzt als die Umweltverhältnisse in Ostdeutschland. Der Blick vom Osten in den Westen ist tendenziell kritischer geworden; der Blick vom Westen in den Osten hellt sich dagegen nur zögerlich auf.
- 2.2 Wie in den früheren Erhebungen sind die mit dem Straßen- und Autoverkehr verbundenen Belästigungen der Schwerpunkt wahrgenommener Umweltbelastungen im persönlichen Lebensumfeld. Insgesamt fühlen sich in ihrem eigenen Wohnumfeld 15% der Befragten stark von Straßenverkehrslärm und 12% stark von Autoabgasen

belästigt. Das Ausmaß der Belästigung ist im Verlauf der 90er Jahre gesunken, im Osten stärker als im Westen, so daß sich eine Angleichung der Situation in den beiden Landesteilen abzeichnet.

- 2.3 Die Anteile der Befragten, die für die letzten fünf Jahre "große Fortschritte" in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes sehen, sind zum Teil beachtlich und haben sich gegenüber 1996 zumeist leicht erhöht. 46% sehen große Fortschritte bei der Reinheit der Gewässer, 34% bei der Energie-Einsparung und jeweils 30% bei der Umweltverträglichkeit bzw. Mengenverminderung von Verpackungen sowie bei der Sauberkeit der Luft. Die Bereiche, in denen große Fortschritte am seltensten gesehen werden, sind mit 17% bzw. 10% der Zustand des Bodens und der Klimaschutz. Erwartungsgemäß diagnostizieren die Ostdeutschen häufiger große Fortschritte als die Westdeutschen. Ein Vergleich der Erhebungen für die Jahre 1996 und 1998 zeigt, daß sich in der Bevölkerung das Bild von Fortschritten und Erfolgen im Umweltschutz etwas verstärkt bzw. gefestigt hat.

3. Ökologisches Problembewußtsein

- 3.1 Im Rahmen einer Liste von sieben gesellschaftspolitischen Problemfeldern werden politische Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes von den Befragten in Westdeutschland auf dem vierten Rang und von den Befragten in Ostdeutschland auf dem fünften Rang plaziert. Im Vergleich zu Erhebungen Anfang der 90er Jahre ist der Stellenwert des Umweltschutzes relativ und absolut zurückgegangen. In der Erhebung 1996 waren es noch 72%, die den Umweltschutz als wichtig bzw. sehr wichtig einstufen, in der aktuellen Erhebung sind es 62%. Auch 1998 steht das Problem der Arbeitslosigkeit an der Spitze.

- 3.2 Das allgemeine Umweltbewußtsein (definiert als eine aus mehreren Komponenten bestehende Einstellung) ist in Deutschland zwar nach wie vor relativ hoch, jedoch ist von 1996 bis 1998 ein Rückgang zu verzeichnen. So waren z.B. im Jahr 1996 noch 66% der Befragten der Meinung, daß wir auf eine Umweltkatastrophe zusteuern, wenn wir so weiter machen wie bisher, im Jahr 1998 sind es 56%. Allerdings wird

die Aussage zur Umweltkatastrophe auch in der aktuellen Erhebung lediglich von 18% ausdrücklich abgelehnt (Erhebung 1996: 11%). Es gibt Hinweise darauf, daß die Umweltthematik heute emotional nicht mehr so stark besetzt ist wie in früheren Jahren. Die von der Bevölkerung wahrgenommenen Fortschritte in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes sind einer der Gründe für den Rückgang des Umweltbewußtseins und der Einstufung der Bedeutung des Umweltschutzes.

- 3.3 Wie das Umweltbewußtsein und der Stellenwert des Umweltproblems ist auch die Zahlungsbereitschaft für einen verbesserten Umweltschutz gesunken. Der Anteil derer, die ihre Bereitschaft bekunden, für einen verbesserten Umweltschutz höhere Steuern und Abgaben zu zahlen, ist zwar von 20% im Jahr 1996 lediglich auf 19% im Jahr 1998 gesunken. Bei spezielleren Fragen zur Zahlungsbereitschaft, wie Verteuerung des Autofahrens, Erhöhung der Müllgebühren oder höheren Preisen für Umweltprodukte, wird jedoch ein deutlicher Rückgang bemerkbar. Zur Zahlungsbereitschaft für den Umweltschutz läßt sich festhalten: Sie liegt aktuell auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau und ist im Verlauf der 90er Jahre gesunken, sie ist bei Steuern, Abgaben und Gebühren schwächer ausgeprägt als bei zusätzlichen Ausgaben für Umweltprodukte im Konsumbereich, und sie ist in Ostdeutschland niedriger als in Westdeutschland. Der Befund einer geringeren Zahlungsbereitschaft im Osten verschwindet allerdings, wenn man statistisch die Einkommensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland kontrolliert.

4. Einstellungen und Verhalten im Bereich "Einkaufen/Konsum"

- 4.1 Neben dem allgemeinen Umweltbewußtsein wurden in der Befragung bereichsspezifische Einstellungen erhoben. Auch die Einstellungen im Hinblick auf ökologisches Konsumverhalten sind im Vergleich zur Erhebung 1996 gesunken. Während sich z.B. im Jahr 1996 noch 51% darüber erschrocken zeigten, wie viele umweltschädliche Produkte in den Regalen der Geschäfte stehen, sind es jetzt 38%. Dies kann allerdings auch ein Ergebnis der spürbar wahrgenommenen Verbesserung der Umwelteigenschaften ausgewählter Produkte, z.B. Waschmittel oder Kühlschränke, sein. Insgesamt sind umweltorientierte Konsumeinstellungen in Westdeutschland etwas

stärker verbreitet als in Ostdeutschland, bei Frauen stärker als bei Männern, bei jüngeren Befragten stärker als bei älteren Befragten und bei Personen mit höherer Schulbildung stärker als bei Personen mit niedrigerer Schulbildung.

- 4.2 Auf der Verhaltensebene ist das Bild vielschichtiger als auf der Einstellungsebene. Von einem generellen Rückgang umweltorientierter Verhaltensweisen beim Einkaufen kann dabei nicht gesprochen werden. Den Umfrageergebnissen zufolge ist die Bedeutung des "Blauen Engels" als Erkennungszeichen für umweltfreundliche Produkte zwar zurückgegangen; dies hängt jedoch v.a. mit dem Aufkommen weiterer Umweltkennzeichen und mit vielfach allgemein verbesserten Umweltstandards zusammen. Bei Verhaltensaspekten, wie dem Kauf von Mehrwegflaschen, dem Achten auf wenig Verpackungsmaterial und der Orientierung an regionalen Produkten, sind in der Zeitspanne von 1996 bis 1998 keine nennenswerten Veränderungen zu beobachten. Die Bereitschaft zum Kauf gentechnisch-behandelter bzw. -hergestellter Lebensmittel ist dagegen deutlich gesunken. Beim Kauf von Bekleidung wird das Kriterium der Langlebigkeit nunmehr stärker betont. Insgesamt sind es nach wie vor am ehesten die westdeutschen Frauen, die in ihrem Einkaufsverhalten Belange des Umweltschutzes verstärkt berücksichtigen. Obwohl das allgemeine und bereichsspezifische Umweltbewußtsein von jüngeren Personen und Personen mit höherer Schulbildung überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist, folgen gerade diese beiden Gruppen einem Konsum- und Lebensstil, der sich nur schwer mit dem deklarierten Umweltbewußtsein vereinbaren läßt.

5. Einstellungen und Verhalten im Bereich "Müll/Recycling"

- 5.1 Auch Müll und Recycling sind ein Thema, das auf der Einstellungsebene nicht mehr so starke Reaktionen hervorruft wie noch im Jahr 1996. In der Erhebung 1996 äußerten z.B. noch 51% die Befürchtung, daß "wir bald in dem von uns produzierten Müll ersticken werden". Dieser Wert ist in der Erhebung 1998 auf 44% gesunken. Dies mag ein Hinweis darauf sein, daß der vom Abfallbereich ausgehende Problemdruck für die Bevölkerung geringer geworden ist. Die Ostdeutschen zeigen sich über Probleme im Bereich von Müll und Recycling stärker besorgt als die Westdeutschen.

5.2 Die Beteiligung der Haushalte am Recycling ist weiter gestiegen, und die Akzeptanz des Dualen Systems hat sich erhöht. Folgt man den Angaben der Befragten, sind die Ostdeutschen "recyclingfreudiger" als die Westdeutschen. Ursächlich für die vermehrte Mitwirkung an der Mülltrennung dürfte sein, daß sich nach Einschätzung der Befragten die Infrastruktur für Recyclingaktivitäten weiter verbessert hat. In der Erhebung 1996 berichteten z.B. 51% im Westen und 38% im Osten, daß es in ihrer Gemeinde eine getrennte Abfuhr für Biomüll gibt, in der Erhebung 1998 hingegen 62% im Westen und 52% im Osten. Speziell in Ostdeutschland gibt es nach Auskunft der Befragten jetzt auch häufiger Sammelstellen für Sondermüll.

5.3 Unter verschiedenen Vorschlägen zur Bewältigung der Müllflut finden lediglich mehr gesetzliche Vorschriften für die Hersteller von Produkten eine breite Zustimmung. Der Bau von mehr Müllverbrennungsanlagen wird häufiger befürwortet als die Einrichtung neuer Deponien. Abgelehnt wird eine weitere Erhöhung der Müllgebühren.

6. Einstellungen und Verhalten im Bereich "Energiesparen/Wasserverbrauch im Haushalt"

6.1 Im Vergleich der Erhebungen 1996 und 1998 haben sich die Einstellungen im Energiebereich praktisch nicht verändert. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß der Energiebereich und speziell das Energiesparen emotional nie so stark besetzt waren wie etwa der Müll- oder der Verkehrsbereich. Im Übergang von der emotionalen und kognitiven Ebene zur Ebene der Handlungsbereitschaft steigt die Sensibilisierung im Energiebereich: 52% der Befragten bekunden z.B. ihre Entschlossenheit, in Zukunft den Energieverbrauch in ihrem Haushalt noch weiter zu senken. Das Zusammenspiel von Ökologie und Ökonomie macht den Energiebereich zu einem besonders erfolgversprechenden Handlungsfeld des Umweltschutzes. Die Koinzidenz von Ökologie und Ökonomie dürfte auch erklären, weshalb die ostdeutsche Bevölkerung in diesem Bereich stärker sensibilisiert ist als die westdeutsche Bevölkerung.

6.2 Mit Blick auf das Verhalten sind beim Energie- und Wassersparen überwiegend leichte Verbesserungen im Sinne eines umweltverträglicheren Verhaltens feststellbar.

Im Vergleich zu 1996 werden 1998 z.B. in den Haushalten mehr Energiesparlampen verwendet, mehr Haushalte haben Wasserspareinrichtungen installiert, und mehr Personen bemühen sich um einen geringen Warmwasserverbrauch beim Duschen. Wichtiger als diese Verhaltensanpassungen erscheint noch der Befund, daß es einen beachtlichen Trend hin zur Modernisierung der Heizungssysteme gibt. Gegenüber der Erhebung 1996, in der noch 25% der Befragten in Ostdeutschland als hauptsächliche Heizform die Kohle-/Holzheizung angegeben haben, ist dieser Anteil um 9 Prozentpunkte gesunken. Der Anteil der Gasheizungen ist im Jahresvergleich 1996-1998 nach Angaben der Befragten in Ostdeutschland um 11 Prozentpunkte und in Gesamtdeutschland um 6 Prozentpunkte angestiegen.

7. Einstellungen und Verhalten im Bereich "Auto/Verkehr"

7.1 Sowohl auf der Einstellungs-, als auch auf der Verhaltensebene muß der Bereich von Auto und Verkehr als besonders problematisch im Umweltschutz eingestuft werden. Der Eindruck vom "Auto als Buhmann der Umweltschützer" und von den "Autofahrern als Zahlmeister der Nation" hat sich verstärkt, und die Bereitschaft zu Verhaltensänderungen im Sinne des Umweltschutzes ist gesunken. Während z.B. in der Erhebung 1996 noch 39% der Aussage zustimmten, daß sie aus Umweltschutzgründen versuchen, so wenig wie möglich mit dem Auto unterwegs zu sein, sind es in der aktuellen Erhebung nur noch 26%. Auf der Einstellungsebene bekunden die westdeutschen Befragten zwar eine größere Sensibilisierung für die Probleme des Autoverkehrs als die ostdeutschen Befragten, aber dies setzt sich nicht in entsprechende Verhaltensunterschiede um.

7.2 Auf der Verhaltensebene hat sich gegenüber 1996 wenig verändert. Die Autoausstattung der Haushalte und die allgemeine Nutzungshäufigkeit des Autos (Jahreskilometer mit dem Auto u.ä.) sind weitgehend konstant geblieben. Bei der Verkehrsmittelwahl für Wochenendausflüge, Urlaubsreisen und Haushaltseinkäufe sind die Veränderungen marginal. Während 53% der Befragten eingestehen, daß sie oft oder zumindest manchmal "mehr so zum Spaß" mit dem Auto irgendwo hinfahren, hält sich mit 20% die Quote der "Spaßmobilität" mit öffentlichen Verkehrsmitteln in

Grenzen. Personen mit hohem Umweltbewußtsein sind tendenziell häufiger am Wochenende unterwegs (meist mit dem Auto) und unternehmen tendenziell auch häufiger Urlaubsreisen (meist mit dem Auto oder dem Flugzeug). Bei der Verkehrsmittelwahl zum Arbeitsplatz folgt die Autoquote weiterhin einem Aufwärtstrend, der im Vergleich zu 1996 auf eine vermehrte Autonutzung in Westdeutschland zurückgeht. Es zeichnet sich ab, daß beim Personenverkehr der Hauptzuwachs aus der Freizeitmobilität herrührt.

- 7.3 Von 1991 bis 1998 ist der Anteil derer, die sich für eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen aussprechen, von 71% auf 55% zurückgegangen, und der Anteil derer, die eine Sperrung von Innenstädten für den Autoverkehr befürworten, ist von 78% auf 53% gesunken. Lediglich 18% wären mit einer Erhöhung der Parkgebühren in größeren Städten einverstanden, in der Erhebung 1996 waren es noch 26%. Insgesamt verweisen die Befunde in die Richtung, daß sich im Verlauf der 90er Jahre - trotz einer breiten Umweltdiskussion - das Stimmungsbild eher zugunsten des Autoverkehrs verschoben hat.

8. Umweltwissen und Umweltengagement

- 8.1 Wie in der Erhebung 1996 wurde das umweltbezogene Faktenwissen der Bevölkerung mit einem aus mehreren Fragen bestehenden "Umwelt-Quiz" zu erheben versucht. Die Quoten richtiger Antworten haben sich zum Teil erhöht und zum Teil verringert, so daß man von keiner in eine bestimmte Richtung gehenden Veränderung sprechen kann. Die ostdeutschen Befragten bewältigen das Umwelt-Quiz - wie 1996 - erfolgreicher als die westdeutschen Befragten, Männer schneiden besser ab als Frauen, jüngere Befragte besser als ältere Befragte und Personen mit höherer Schulbildung besser als Personen mit geringerer Schulbildung.
- 8.2 4.5% der Befragten im Westen und 2.9% im Osten sind Mitglied einer Gruppe oder Organisation, die sich für die Erhaltung und den Schutz von Umwelt und Natur einsetzt. Die entsprechenden Anteilswerte in der Erhebung 1996 waren 6.1% und 2.8%. Mithin ist die Mitgliedschaft in Umweltgruppen in Westdeutschland zurückge-

gangen, liegt dort aber trotzdem noch höher als in Ostdeutschland. In einer Aufgliederung nach dem Alter der Befragten ergibt sich, daß in erster Linie der Rückzug der jüngsten Altersgruppe (18-30 Jahre) für den Mitgliederschwund bei Umweltgruppen verantwortlich ist. Auch die Beteiligung an ausgewählten Umweltaktivitäten, wie Teilnahme an Unterschriftensammlungen, Geldspenden usw., ist in Westdeutschland, nicht aber in Ostdeutschland gesunken. Aktives Engagement für Belange des Umweltschutzes wird nach Einschätzung der Befragten im eigenen Freundes- und Bekanntenkreis weniger oft als noch 1996 positiv honoriert. Und während in der Erhebung 1996 noch 21% angegeben haben, daß sie in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis häufig oder sehr häufig über Probleme des Umweltschutzes diskutieren, ist dieser Wert in der aktuellen Erhebung auf 14% gefallen.

9. Umweltpolitik: Akteure, gesetzliche Regelungen und Handlungsperspektiven

- 9.1 Lösungskonzepte für die Probleme im Bereich des Umweltschutzes zu erarbeiten, wird am ehesten den Umweltschutzorganisationen und -verbänden und den Umweltbürgerinitiativen zugetraut. Deren "Problemlösungskompetenz" wird höher eingeschätzt als die der Umweltschutzbehörden, obwohl sich diese gegenüber 1996 leicht verbessert haben. Unter den Parteien wird Bündnis 90/Die Grünen am positivsten beurteilt. Auch Wähler/innen der anderen Parteien gestehen den Grünen die höchste Problemlösungskompetenz im Bereich des Umweltschutzes zu.
- 9.2 Die Leistungen des Bundesumweltministeriums wurden von den Befragten auf einer Thermometer-Skala von -5 bis +5 beurteilt. Der Durchschnittswert, den das Bundesumweltministerium in der aktuellen Erhebung erreicht, liegt mit -0.2 weiterhin im Minusbereich der Skala. Diese Beurteilung bedeutet allerdings nicht, daß das Bundesumweltministerium besonders schlecht bewertet wird. Aus anderen Umfragen, die mit derselben Skala die Zufriedenheit mit weiteren Bundesministerien erheben, läßt sich ablesen, daß das Bundesumweltministerium in der gegenwärtigen Situation etwa im Mittelfeld liegt. Weiterhin ist zu konstatieren, daß sich die Zufriedenheit mit dem Bundesumweltministerium seit 1993 leicht erhöht hat. In der Erhebung 1993 vergaben 30% positive Zufriedenheitswerte, in der Erhebung 1998 sind es 37%.

- 9.3 Daß die Umweltschutzgesetze in Deutschland im großen und ganzen ausreichen, meinen 37% der Befragten. Daß die bestehenden Umweltschutzgesetze hinreichend überwacht werden, glauben 18%. Obwohl diese Werte nach wie vor niedrig sind, muß festgestellt werden, daß sie im Zeittrend von 1991 bis 1998 kontinuierlich gestiegen sind.
- 9.4 35% der Befragten gaben bei der im Januar/Februar 1998 durchgeführten Erhebung die Auskunft, daß sie von der Diskussion um eine ökologische Steuerreform schon gehört haben. Weniger bekannt ist die Diskussion um das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ("sustainable development"). Hier antworten 15%, daß sie von dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung schon einmal etwas gehört haben. Gegenüber der Erhebung 1996 haben sich die beiden Werte um 5 bzw. 4 Prozentpunkte erhöht. Eine positive und optimistische Sichtweise wird deutlich, wenn danach gefragt wird, ob sich Deutschland auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung befinde. Von den Befragten, die vom Begriff der nachhaltigen Entwicklung schon gehört haben, vertreten 55% die Meinung, Deutschland sei auf dem Weg zu einer solchen Entwicklung.

1. KONZEPTION UND DURCHFÜHRUNG DER UNTERSUCHUNG

Der vorliegende Bericht ist eine Veröffentlichung der Grunddaten der im Auftrag des Umweltbundesamtes durchgeführten Befragungsstudie "Umweltbewußtsein in Deutschland 1998". Eine Detailauswertung der Befragung, die auch die sozialwissenschaftliche Forschungsliteratur einbezieht, wird in einem analytischen Ergebnisbericht folgen, der bis Anfang 1999 fertiggestellt wird. Verantwortlich für die Bearbeitung der Studie sind GFM-GETAS (Gesellschaft für Marketing-, Kommunikations- und Sozialforschung mbH, Hamburg), das Institut für Soziologie der Universität Rostock und das Institut für Soziologie der Universität Bern.

Die Untersuchung schließt an fünf frühere Erhebungen an, so daß sich zeitliche Veränderungen von Einstellungen zu Fragen des Umweltschutzes nachzeichnen lassen. Die früheren Erhebungen wurden in den Jahren 1991, 1992, 1993, 1994 und 1996 durchgeführt. Bis 1994 war das Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS, Mannheim) für die Trendstudien verantwortlich, seit 1996 ist es die Forschungsgruppe um GFM-GETAS.

Empirische Basis der diesjährigen Erhebung sind 2.029 mündliche Interviews, durchgeführt im Januar und Februar 1998. Befragt wurden 1.224 Bürger/innen aus Westdeutschland und 805 Bürger/innen aus Ostdeutschland. Die Ergebnisse der Umfrage sind repräsentativ für die Bevölkerung in West- und Ostdeutschland. Die pro Person rund einstündige Interviewzeit erwies sich als problemlos, weil das Thema der Umfrage bei der Mehrheit der Zielpersonen auf Interesse stieß. Wie die früheren Umfragen beschränkte sich die Erhebung altersmäßig auf Personen ab dem 18. Lebensjahr sowie auf die Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Eine Stichprobe von 1.224 Interviews in den alten und 805 Interviews in den neuen Bundesländern führt dazu, daß die ostdeutsche Bevölkerung in Relation zu ihrem Anteil an der gesamten Bevölkerung von Deutschland überrepräsentiert ist. Ferner haben aufgrund des Stichprobenverfahrens, auf das hier nicht näher eingegangen wird, Personen in Ein-Personen-Haushalten eine größere Chance, in die Stichprobe zu gelangen, als Personen in Mehr-Personen-Haushalten. Beide Faktoren lassen sich durch eine entsprechende Gewichtung der

Daten ausgleichen. In allen Analysen des nachstehenden Berichts wird der gewichtete, d.h. für den West-Ost- und den Haushaltsgrößen-Faktor kontrollierte Datensatz verwendet. Die Gewichtung wurde dabei so gewählt, daß die ursprüngliche Fallzahl von 2.029 Interviews erhalten bleibt.

In den Berichten zu den Erhebungen von 1991-1996 wurden keine Ergebnisse für Gesamtdeutschland ausgewiesen. Durch eine nachträgliche Anwendung des Gewichtungsverfahrens auf die Daten der früheren Erhebungen werden im vorliegenden Bericht Trendbeschreibungen auf der gesamtdeutschen Ebene ermöglicht. Die Gewichtung führt zum Teil zu gewissen, in der Regel jedoch geringfügigen Veränderungen der Prozentwerte. Dies ist bei einem Vergleich mit den früheren Veröffentlichungen zu beachten.

2. UMWELTVERHÄLTNISSE IN DEUTSCHLAND

In diesem Kapitel wird dargestellt, wie die Befragten die Umweltsituation im Osten und Westen Deutschlands einschätzen, welche Umweltbelastungen sie in ihrem persönlichen Lebensumfeld wahrnehmen und inwieweit Fortschritte bzw. Verbesserungen in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes gesehen werden.

2.1 Einschätzung der Umweltverhältnisse

Wie schon in den früheren Erhebungen wurden die Befragten um ein zusammenfassendes Urteil gebeten, ob sie die Umweltverhältnisse im Osten und im Westen Deutschlands als sehr gut, gut, schlecht oder sehr schlecht einschätzen. Die Ergebnisse für den Zeitraum von 1991 bis 1998 sind in Tabelle 1 zusammengestellt, wobei jeweils die Anteile der Befragten aufgeführt sind, die die Einschätzung "gut" bzw. "sehr gut" gegeben haben.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß sich die Einschätzung der Situation in Ostdeutschland im Verlauf der 90er Jahre erheblich verbessert hat. Der Anteil derer, die die Umweltverhältnisse in Ostdeutschland als gut oder sehr gut einstufen, ist von 1991 bis 1998 um 22 Prozentpunkte gestiegen. Die Situationsdiagnose für Westdeutschland hat sich - bezogen auf alle Befragten - im gleichen Zeitraum um 5 Prozentpunkte auf 60% verbessert. Nach wie

vor gilt, daß die Umweltverhältnisse im Westen deutlich positiver gesehen werden als die Umweltverhältnisse im Osten, wobei sich der Abstand verringert hat.

Tabelle 1: Einschätzung der Umweltverhältnisse in Ost- und Westdeutschland 1991 bis 1998 (Anteile der Befragten, die die Umweltverhältnisse als gut bzw. sehr gut einschätzen)

Jahr	91	92	93	94	96	98
Einschätzung der Umweltverhältnisse in Ostdeutschland						
Befragte gesamt	2	6	10	11	19	24
Befragte Ost	4	13	27	25	51	53
Befragte West	2	5	5	7	11	17
Einschätzung der Umweltverhältnisse in Westdeutschland						
Befragte gesamt	55	49	52	55	52	60
Befragte Ost	80	66	73	67	53	56
Befragte West	48	45	47	51	52	61

Fragen: (1) Wie beurteilen Sie insgesamt die Umweltverhältnisse im Osten Deutschlands, also in den neuen Bundesländern? Sind die Umweltverhältnisse im Osten zur Zeit: sehr gut, gut, schlecht oder sehr schlecht? (2) Und wie schätzen Sie insgesamt die Umweltverhältnisse im Westen Deutschlands ein, also in den alten Bundesländern?

Hinter diesen Urteilen aller Befragten stehen Einstufungen, die für die Befragten in den neuen und alten Bundesländern in einer aufschlußreichen Weise divergieren: Die Verbesserung der Situationseinschätzung für Ostdeutschland kommt vor allem dadurch zustande, daß die Befragten in Ostdeutschland die Umweltverhältnisse in ihrem eigenen Landesteil sehr viel positiver einschätzen (Anstieg der positiven Urteile von 4% auf 53%). Zwar beurteilen auch die Westdeutschen die Situation in den neuen Bundesländern inzwischen besser (Anstieg der positiven Urteile von 2% auf 17%), aber die "Aufhellung" des Blicks von West nach Ost erfolgt offenbar nur recht zögerlich.

Was die Einschätzung der Umweltverhältnisse in Westdeutschland anbelangt, sind die Ostdeutschen im Zeitablauf kritischer geworden, d.h. sie stufen die Umweltverhältnisse im Westen jetzt seltener als gut oder sehr gut ein (Verringerung der positiven Urteile von 80% auf 56%). Der kritischeren Sicht von Ost nach West steht eine Verbesserung der Urteile der

Westdeutschen über die Situation in ihrem eigenen Landesteil zur Seite, so daß sich insgesamt die Beurteilung der Umweltverhältnisse in den alten Bundesländern weniger stark verändert hat.

2.2. Umweltbelastungen im persönlichen Lebensumfeld

Während man mit Einschätzungen der Umweltverhältnisse in West- und Ostdeutschland noch auf einem allgemeinen Niveau verbleibt, wird es sehr viel spezifischer, wenn man sich wahrgenommenen Umweltbelastungen im direkten Lebensumfeld der Befragten zuwendet. Zuerst wird in diesem Abschnitt berichtet, in welchem Ausmaß sich die Befragten in ihrem eigenen Wohnumfeld von verschiedenen Faktoren belästigt fühlen. Anschließend wird auf einige ergänzende Aspekte der "Umweltqualität" der unmittelbaren Wohngegend eingegangen.

Wiederum in Anlehnung an die früheren Erhebungen wurde danach gefragt, ob sich die Zielpersonen persönlich, d.h. in ihrem eigenen Wohnumfeld, von verschiedenen Sachverhalten stark, nicht so stark oder gar nicht belästigt fühlen. Die Ergebnisse sind in Tabelle 2 zusammengefaßt. In der Tabelle sind jeweils die Anteile derer aufgeführt, die eine starke Belästigung angeben.

Wie schon in den bisherigen Befragungen zeigt sich auch in der aktuellen Erhebung, daß der mit dem Verkehr verbundene Lärm und Autoabgase die Schwerpunkte der Belästigung sind. Insgesamt fühlen sich in ihrem eigenen Wohnumfeld 15% der Befragten stark von Straßenverkehrslärm und 12% stark von Autoabgasen belästigt. Die vom Straßen- und Autoverkehr herrührenden Belastungen liegen in Ostdeutschland etwas höher als in Westdeutschland. Hinter dem Straßenverkehrslärm und den Autoabgasen liegen im Spektrum der wahrgenommenen Belastungen die zwei eher allgemeinen Faktoren "herumliegende Abfälle" und "schlechte Luft". Alle anderen Belästigungsaspekte in Tabelle 2 spielen quantitativ gesehen eine eher untergeordnete Rolle.

Ein Blick auf den Zeittrend in Tabelle 2 verweist in die Richtung, daß die wahrgenommene Belästigung im direkten Wohnumfeld im Verlauf der 90er Jahre zurückgegangen ist. Gegenüber dieser Interpretation ist jedoch eine gewisse Vorsicht angebracht, da ein Effekt der

Tabelle 2: Wahrgenommene Belästigungen im eigenen Wohnumfeld 1991 bis 1998
(Anteile der Befragten, die eine starke Belästigung angeben)

JAHR	91	92	93	94	96	98
BEFRAGTE GESAMT						
Straßenverkehrslärm	22	23	23	20	14	15
Flugverkehrslärm	15	14	11	10	5	4
Schienenverkehrslärm	4	3	4	3	2	2
Industrie- und Gewerbelärm	3	3	3	3	2	2
Autoabgase					14	12
Herumliegende Abfälle					10	10
Schlechte Luft					10	7
Abgase/Abwässer von Fabriken					4	2
BEFRAGTE WEST						
Straßenverkehrslärm	19	18	20	17	12	15
Flugverkehrslärm	17	17	13	11	6	4
Schienenverkehrslärm	3	2	4	4	2	2
Industrie- und Gewerbelärm	3	3	4	3	2	2
Autoabgase					14	12
Herumliegende Abfälle					9	9
Schlechte Luft					10	7
Abgase/Abwässer von Fabriken					5	2
BEFRAGTE OST						
Straßenverkehrslärm	35	39	36	37	21	17
Flugverkehrslärm	8	5	4	3	2	2
Schienenverkehrslärm	4	5	5	3	3	2
Industrie- und Gewerbelärm	3	4	2	4	1	1
Autoabgase					18	13
Herumliegende Abfälle					15	15
Schlechte Luft					9	7
Abgase/Abwässer von Fabriken					2	2

Frage: Wie stark fühlen Sie sich persönlich, also in Ihrem eigenen Wohnumfeld, von folgenden Dingen belästigt: stark, nicht so stark oder gar nicht belästigt?

leicht geänderten Frageformulierung seit der Erhebung 1996 nicht ausgeschlossen werden kann. Während in den Erhebungen 1991-1994 mit der allgemeinen Formulierung gearbeitet wurde "Ich nenne Ihnen jetzt einige Belastungsfaktoren. Bitte sagen Sie mir, ob Sie davon stark, nicht so stark oder gar nicht belästigt werden", zielt die Frageformulierung seit 1996 speziell auf die persönliche Belästigung im eigenen Wohnumfeld ab. Man kann davon ausgehen, daß eine genauere Fokussierung der Fragestellung die wahrgenommene Belästigung in der Regel reduziert. Trotz dieses methodischen Vorbehaltes dürfte insgesamt die Interpretation einer Verminderung der Belästigung zulässig sein, wobei der Rückgang in Ostdeutschland stärker ausgeprägt ist als in Westdeutschland.

Um noch einen etwas weitergehenden Einblick in die "Umweltqualität" der Wohngegend der Befragten zu gewinnen, wurden ergänzend sieben Fragen gestellt, die zum Teil stärker auf objektive Gegebenheiten abstellen, zum Teil den Befragten einen größeren subjektiven Beurteilungsspielraum einräumen. Die Antworten auf diese sieben Fragen sind in Tabelle 3 festgehalten.

Aus Tabelle 3 geht hervor, daß die "Belästigungsaspekte" in Ostdeutschland zumeist höher liegen als in Westdeutschland. Dies war auch schon in der Befragung 1996 der Fall, aber das Ausmaß der Unterschiede hat sich abgeschwächt. Tabelle 3 bestätigt das sich bereits in Tabelle 2 abzeichnende Gesamtbild einer etwas höheren wahrgenommenen Umweltbelastung in Ostdeutschland. Der Handlungsbedarf, die lokale Wohn- und Umweltsituation zu verbessern, ist mithin im Osten nach wie vor größer als im Westen.

Für die Untersuchung der Frage, wie sich die Belästigungen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen verteilen, wurde für die Befragten die Zahl der starken Belastungen gemäß Tabelle 2 ausgezählt: In Ostdeutschland liegt die durchschnittliche Zahl der starken Belastungen höher als in Westdeutschland, aber der Unterschied ist (anders als noch im Jahr 1996) nicht mehr statistisch signifikant. Am klarsten wird das Ausmaß der Belästigung von objektiven Merkmalen der Wohnumgebung bestimmt. In Abhängigkeit von der Größe des Ortes, in dem die Befragten leben, zeigt sich, daß die Belästigung in Großstädten (mehr als 100.000 Einwohner) signifikant höher liegt als in kleinen Orten (unter 5.000 Einwohner). Die Einschätzung der Belästigungen steht aber auch in einem Zusammenhang mit der "weltanschau-

Tabelle 3: Charakterisierungen der Wohngegend (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	GESAMT	WEST	OST
Kein Garten/keine Grünfläche, die zum Wohnhaus gehört	27	25	32
Wohnen an einer stark befahrenen Straße	20	19	24
In hohem Maße störende Geräusche von draußen im Schlafzimmer	14	14	16
Eher laute nähere Wohnumgebung	13	14	13
Eher laute Lage der Wohnung	11	11	12
Von den Fenstern der Wohnung keinerlei Grün zu sehen	7	7	7
Unzufrieden/überhaupt nicht zufrieden mit der Umweltsituation in der Wohngegend	7	6	10

Fragen: (1) Gehört zu dem Haus, in dem Sie wohnen, ein Garten oder eine Grünfläche? (2) Wenn Sie aus der Haustüre Ihres Wohnhauses hinausgehen, wie stark befahren ist die Straße, auf der Sie dann sind: stark, nicht so stark oder gar nicht? (3) Wenn Sie am Abend im Schlafzimmer Ihrer Wohnung das Fenster öffnen, in welchem Ausmaß hören Sie da störende Geräusche von draußen: stark, nicht so stark oder gar nicht? (4) Wie würden Sie insgesamt die nähere Umgebung Ihrer Wohnung beschreiben: eher als ruhig oder eher als laut? (5) Wie würden Sie insgesamt die Lage Ihrer Wohnung beschreiben: eher als ruhig oder eher als laut? (6) Von den Fenstern Ihrer Wohnung aus, sehen Sie da: keinerlei Grün, etwas Grün oder viel Grün, z.B. Bäume oder Rasenfläche? (7) Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der Umweltsituation in Ihrer Wohngegend? Sind Sie sehr zufrieden, eher zufrieden, teils/teils, eher unzufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?

lichen Orientierung" der Befragten. Dies läßt sich beispielhaft an den Unterschieden in Abhängigkeit von der Parteipräferenz aufzeigen: Es sind bevorzugt Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen, der PDS und der SPD, die eine überdurchschnittliche Belästigung in ihrem Wohnumfeld angeben. Die weltanschauliche Einfärbung der Urteile über Umweltbelastungen im eigenen Wohnumfeld verweist u.a. auf den Tatbestand eines unterschiedlichen Niveaus der Sensibilisierung für Umweltbelastungen. Solche Unterschiede im Grad der Sensibilisierung dürften auch dafür verantwortlich sein, daß die Einschätzung der lokalen Umweltbelastung z.B. mit zunehmender Schulbildung der Befragten signifikant steigt.¹

¹ Wenn Unterschiede nach der Parteipräferenz, nach der Schulbildung und nach dem Alter der Befragten angesprochen werden, gilt im gesamten Bericht folgendes: Die Parteipräferenz wurde mit der sog. Sonntagsfrage erhoben, nämlich: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten

2.3 Wahrgenommene Verbesserungen im Bereich des Umweltschutzes

Die Ergebnisse der beiden vorangegangenen Abschnitte legen die Vermutung nahe, daß es einen nennenswerten Anteil von Personen gibt, die für die zurückliegenden Jahre Fortschritte und Verbesserungen im Umweltschutz sehen. Daß dem so ist, geht aus den Antworten auf eine Frage hervor, die direkt auf wahrgenommene Fortschritte in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes abstellt. Konkret wurde gefragt, ob es in den letzten fünf Jahren in sechs verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes große Fortschritte gegeben habe, ob keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden seien oder ob es im Gegenteil eher schlimmer geworden sei. Die Reaktionen auf diese Frage sind in Tabelle 4 notiert.

In der Gesamtgruppe der Befragten sehen 46% große Fortschritte bei der Reinheit der Gewässer, 34% bei der Energie-Einsparung, 30% bei der Umweltverträglichkeit bzw. der Mengenverminderung von Verpackungen, 30% bei der Sauberkeit der Luft, 17% beim Zustand des Bodens und 10% beim Klimaschutz. Mit Ausnahme der Bereiche "Umweltverträglichkeit/Mengenverminderung bei Verpackungen" und "Klimaschutz" sind die Einschätzungen der Ostdeutschen positiver als die der Westdeutschen. Das kritischere Urteil der Ostdeutschen beim Verpackungsmaterial ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Situation vor dem Hintergrund der Verhältnisse in der ehemaligen DDR beurteilt wird, in der Produkte oftmals nur mit geringem Aufwand verpackt wurden.

Addieren wir die Zahl der Bereiche, in denen die Befragten große Fortschritte wahrnehmen, ergibt sich für die ostdeutschen Befragten ein signifikant höherer Durchschnittswert als für die westdeutschen Befragten. Gemessen an diesem Durchschnittswert urteilen die Frauen und die jüngeren Befragten kritischer. Mit Blick auf die Parteipräferenz erhält man folgende Rangfolge positiver Urteile: Wähler/innen der F.D.P, CDU/CSU, SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen.

Sonntag Bundestagswahl wäre? Bei der Schulbildung werden die Befragten in drei Kategorien unterteilt: (1) niedrig, d.h. Volks-/Hauptschulabschluß, polytechnische Oberschule Abschluß 8. oder 9. Klasse, Schule beendet ohne Abschluß, (2) mittel, d.h. mittlere Reife, Realschulabschluß, polytechnische Oberschule Abschluß 10. Klasse, (3) hoch, d.h. Fachhochschulreife, Abitur, erweiterte Oberschule Abschluß 12. Klasse. Nach dem Alter werden vier Gruppen unterschieden: (1) 18-30 Jahre, (2) 31-45 Jahre, (3) 46-60 Jahre, (4) älter als 60 Jahre.

Tabelle 4: Wahrgenommene Verbesserungen/Fortschritte in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes (Angaben in Prozent)

	große Fort- schritte	keine wesent- lichen Fort- schritte	eher schlimmer geworden	weiß nicht
BEFRAGTE GESAMT				
Reinheit der Gewässer	46	38	5	11
Energie-Einsparung	34	47	7	12
Umweltverträglichkeit und Mengenverminderung bei Verpackungen	30	52	7	11
Sauberkeit der Luft	30	49	13	8
Zustand des Bodens	17	52	12	19
Klimaschutz	10	45	31	14
BEFRAGTE WEST				
Reinheit der Gewässer	42	40	6	12
Energie-Einsparung	33	48	7	12
Umweltverträglichkeit und Mengenverminderung bei Verpackungen	33	50	5	12
Sauberkeit der Luft	24	52	15	9
Zustand des Bodens	15	53	13	19
Klimaschutz	10	44	32	14
BEFRAGTE OST				
Reinheit der Gewässer	62	28	2	8
Energie-Einsparung	36	45	6	13
Umweltverträglichkeit und Mengenverminderung bei Verpackungen	16	62	15	7
Sauberkeit der Luft	57	34	5	4
Zustand des Bodens	23	47	7	23
Klimaschutz	9	46	28	17

Frage: Gab es Ihrer Meinung nach in den letzten fünf Jahren in folgenden Bereichen des Umweltschutzes: große Fortschritte, keine wesentlichen Fortschritte, oder ist es im Gegenteil eher schlimmer geworden? Nennung der sechs Bereiche.

Ein Vergleich der Erhebungen für die Jahre 1996 und 1998 zeigt, daß sich die Quoten positiver Urteile insgesamt etwas erhöht haben. Die Anteile derer, die große Fortschritte diagnostizierten, beliefen sich in der Erhebung 1996 auf 43 % bei der Reinheit der Gewässer, 32 % bei der Energie-Einsparung, 25 % beim Verpackungsmaterial, 30 % bei der Sauberkeit der Luft, 16 % beim Zustand des Bodens und 12 % beim Klimaschutz. Damit hat sich in der Bevölkerung das Bild von Fortschritten und Erfolgen im Bereich des Umweltschutzes verstärkt bzw. gefestigt.

3. ÖKOLOGISCHES PROBLEMBEWUSSTSEIN

Unter dem Stichwort des ökologischen Problembewußtseins werden in diesem Kapitel Befunde zum Stand und zur Entwicklung des allgemeinen Umweltbewußtseins in der Bevölkerung dargestellt. Im ersten Schritt wird dabei auf den Stellenwert des Umweltproblems im Vergleich zu anderen gesellschaftspolitischen Problemen eingegangen. Im zweiten Schritt wird das Umweltbewußtsein differenzierter im Sinne einer generellen Einstellungshaltung beleuchtet. Und im dritten Schritt wird ein spezieller Aspekt aufgegriffen, nämlich die Zahlungsbereitschaft der Bevölkerung für einen verbesserten Umweltschutz.

3.1 Stellenwert des Umweltproblems im Vergleich zu anderen gesellschaftspolitischen Problemen

Die relative "Wichtigkeit" verschiedener gesellschaftspolitischer Probleme ist Gegenstand zahlreicher Umfragen. Dabei ist für Deutschland bekannt, daß das Problem der Arbeitslosigkeit seit Jahren an der Spitze steht. Jährliche Umfragen z.B. von EMNID oder im Rahmen des sozio-ökonomischen Panels verweisen in die Richtung, daß die Priorität des Umweltschutzes im Verlauf der 90er Jahre gesunken ist. Im Fall der vorliegenden Studie ist zu berücksichtigen, daß sich eine gewisse Aufwertung des Umweltproblems vermutlich dadurch ergeben hat, daß die Befragten von Anfang an wußten, daß es in der gesamten Befragung um das Thema Umwelt gehen wird.

Der Stellenwert des Umweltproblems wurde erhoben, indem mit einer Skala von 0 bis 10 nach der Wichtigkeit politischer Maßnahmen in sieben verschiedenen Bereichen gefragt

wurde. Das Ergebnis der Auszählungen für die aktuelle Erhebung 1998 und für die Erhebung 1996 findet sich in Tabelle 5, in der die jeweiligen Mittelwerte berichtet werden.²

Tabelle 5: Wichtigkeit politischer Maßnahmen in verschiedenen gesellschafts-politischen Problemfeldern (Mittelwerte auf einer Skala von 0-10)

BEFRAGTE	GESAMT	WEST	OST
ERHEBUNG 1998			
Verminderung der Arbeitslosigkeit	9.6	9.5	9.8
Verbesserung der Verbrechensbekämpfung	8.7	8.6	9.1
Mehr tun für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	7.9	7.9	8.2
Verbesserung des <u>Umweltschutzes</u>	7.8	7.8	8.0
Mehr tun für den Erhalt des Sozialstaates	7.8	7.5	8.8
Verringerung des Zuzugs von Ausländern	7.3	7.3	7.4
Verbesserung der Wohnraumversorgung	6.4	6.5	6.0
ERHEBUNG 1996			
Verminderung der Arbeitslosigkeit	9.3	9.2	9.6
Verbesserung der Verbrechensbekämpfung	8.6	8.4	9.2
Verbesserung des <u>Umweltschutzes</u>	8.3	8.3	8.5
Mehr tun für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	8.1	8.0	8.3
Mehr tun für den Erhalt des Sozialstaates	7.9	7.7	8.7
Verbesserung der Wohnraumversorgung	7.5	7.4	7.6
Verringerung des Zuzugs von Ausländern	6.9	6.9	6.9

Frage: Wie wichtig sind für Sie persönlich politische Maßnahmen zu folgenden Problemen? Zu jedem Problem können Sie Punkte zwischen 0 und 10 vergeben. 0 bedeutet, daß politische Maßnahmen zu dem Problem für Sie überhaupt nicht wichtig sind. 10 bedeutet sehr wichtig.

Auch 1998 steht, wie nicht anders zu erwarten, das Problem der Arbeitslosigkeit an der Spitze der Prioritätenliste. An zweiter Stelle folgt die Verbesserung der Verbrechensbekämpfung. Auf den Plätzen 3 bis 5 rangieren - mit in der Durchschnittsbetrachtung sehr ähnlichen

² In den Erhebungen 1991-1994 wurde die relative Wichtigkeit verschiedener gesellschafts-politischer Probleme mit einem anderen Frageformat erfaßt, so daß direkte Vergleiche mit diesen Erhebungen an dieser Stelle nicht möglich sind.

Einstufungen - die Diskussion um den Standort Deutschland (mehr tun für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft), die Verbesserung des Umweltschutzes und der Erhalt des Sozialstaates. Dies bedeutet, daß der Umweltschutz im Vergleich zu 1996 um mindestens eine Stelle abgerutscht ist. Gemessen am Mittelwert ist die Priorität des Umweltschutzes von 8.3 im Jahr 1996 auf 7.8 im Jahr 1998 gesunken, was ein statistisch signifikanter Rückgang ist. Im Jahr 1996 waren es noch 72%, die den Umweltschutz als wichtig bzw. sehr wichtig einstufen (Skalenwerte 8-10), im Jahr 1998 sind es 62%. Während der Umweltschutz im Westen an vierter Stelle steht, erreicht er im Osten nur die fünfte Rangposition. Trotzdem ist es nicht so, daß die Bedeutung des Umweltschutzes im Osten stärker zurückgegangen ist, da bereits 1996 der Umweltschutz im Osten in der Prioritäteneinordnung etwas tiefer stand als im Westen. Der Rückgang ist in beiden Landesteilen etwa gleich stark ausgeprägt.

Schlüsselt man speziell die Vorgabe "Verbesserung des Umweltschutzes" nach demographischen Merkmalen auf, deutet sich an, daß Frauen und jüngere Befragten dem Umweltschutz ein höheres Gewicht einräumen. Weder im Westen noch im Osten ergeben sich signifikante Unterschiede in Abhängigkeit von der Schulbildung der Befragten, was insofern bemerkenswert ist, als in den früheren Erhebungen die Personen mit höherer Schulbildung den Umweltschutz in der Regel stärker gewichtet haben. Kaum überraschend sind die Unterschiede in Abhängigkeit von der Parteipräferenz. Die Abfolge lautet Bündnis 90/Die Grünen, PDS, F.D.P., SPD und CDU/CSU. Der Einfluß der Parteipräferenz auf die Platzierung des Umweltschutzes ist im Westen stärker als im Osten.

3.2 Aspekte des allgemeinen Umweltbewußtseins

Mit Urteilen über den Stellenwert des Umweltschutzes im Vergleich zu anderen Problemen wird das ökologische Problembewußtsein der Bevölkerung nur sehr rudimentär erfaßt. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang bekannt, daß die Einschätzung der Bedeutung des Umweltproblems relativ stark von politischen Tagesereignissen überlagert wird. Dies kann bewirken, daß Anliegen des Umweltschutzes vorübergehend in den Hintergrund treten, ohne daß sich sagen läßt, die ökologische "Grundsensibilisierung" (im Sinne eines allgemeinen Problembewußtseins) sei im gleichen Ausmaß gesunken. Für eine differenziertere Erfassung

des allgemeinen Umweltbewußtseins werden deshalb in der sozialwissenschaftlichen Forschung sog. Skalensysteme verwendet, die aus einer Sammlung von Aussagen bestehen, denen die Befragten mehr oder weniger zustimmen können.

Ausgehend von (allgemein in der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung gesammelten) Erfahrungen bezüglich relevanter Aspekte des allgemeinen Umweltbewußtseins wurden in den Erhebungen 1996 und 1998 Aussagen verwendet, die zum einen auf die affektiv-kognitive Komponente und zum anderen auf die konative Komponente des Umweltbewußtseins abzielten. Die affektive Komponente stellt ab auf den Grad der emotionalen Bésetzung der Umweltgefährdung und auf das Ausmaß der emotionalen Reaktionen; die kognitive Komponente spricht das Ausmaß der Einsicht in die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen an; und die konative Komponente betrifft die persönliche Handlungsbereitschaft im Bereich des Umweltschutzes.

Die Ergebnisse mit Blick auf die affektiv-kognitiven Aspekte sind in Tabelle 6 zusammengestellt, die Ergebnisse mit Blick auf die konativen Aspekte in Tabelle 7. Alle Aussagen konnten von den Befragten auf einer fünfstufigen Skala beantwortet werden, wobei in den Tabellen - geordnet nach der Häufigkeit - zumeist die Anteile derer aufgeführt sind, die der jeweiligen Aussage "voll und ganz" oder "weitgehend" zustimmen. Einige Aussagen sind allerdings so formuliert, daß eine Ablehnung ein höheres Umweltbewußtsein anzeigt, und aus diesem Grund sind bei diesen Aussagen (letzte Aussage in Tabelle 6 und die zwei letzten Aussagen in Tabelle 7) die Ablehnungsquoten angegeben.

Was die Aussagen auf der affektiv-kognitiven Ebene anbelangt, läßt sich aus Tabelle 6 ersehen, daß die Umweltthematik in der Bevölkerung nach wie vor beträchtliche emotionale Reaktionen hervorruft und daß auch die Einsicht in die Umweltgefährdung bei einer großen Mehrheit offenbar vorhanden ist. Die höchste Zustimmung findet mit 65% die Aussage "Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen". Weiterhin wird die Befürchtung, daß wir auf eine Umweltkatastrophe zusteuern, wenn wir so weiter machen wie bisher, von insgesamt 56% der Befragten geteilt (18% stimmen nicht zu und die verbleibenden 26% antworten mit teils/teils).

Tabelle 6: Allgemeines Umweltbewußtsein: affektiv-kognitive Aspekte (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen (Zustimmung)	65	65	63	74	74	72
Es ist noch immer so, daß die Politiker viel zu wenig für den Umweltschutz tun (Zustimmung)	60	58	68	66	65	71
Wenn wir so weiter machen wie bisher, steuern wir auf eine Umweltkatastrophe zu (Zustimmung)	56	56	57	66	66	68
Wenn ich Zeitungsberichte über Umweltprobleme lese oder entsprechende Fernsehsendungen sehe, bin ich oft empört und wütend (Zustimmung)	55	53	60	63	63	62
Es gibt Grenzen des Wachstums, die unsere industrialisierte Welt schon überschritten hat oder sehr bald erreichen wird (Zustimmung)	50	50	48	56	58	51
Derzeit ist es immer noch so, daß sich der größte Teil der Bevölkerung wenig umweltbewußt verhält (Zustimmung)	49	49	49	58	58	55

Nach meiner Einschätzung wird das Umweltproblem in seiner Bedeutung von vielen Umweltschützern stark übertrieben (Ablehnung)	47	48	44	54	56	44

Frage: Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu? (fünfstufige Antwortskala; bei Zustimmung sind die Antworten "stimme voll und ganz zu" und "stimme weitgehend zu" zusammengefaßt; bei Ablehnung die Antworten "stimme überhaupt nicht zu" und "stimme eher nicht zu"; höhere Prozentwerte signalisieren damit jeweils ein höheres Umweltbewußtsein).

Auf der Ebene der Handlungsbereitschaft in Tabelle 7 ergeben sich im Schnitt niedrigere Zustimmungsqoten. 44% schließen sich der Meinung an, daß wir zugunsten der Umwelt bereit sein sollten, unseren derzeitigen Lebensstandard einzuschränken. 77% bekunden zwar, daß sie sich - egal, was die anderen tun - soweit wie möglich umweltgerecht verhalten, aber lediglich 19% sprechen sich dafür aus, daß Umweltschutzmaßnahmen auch auf Kosten von Arbeitsplätzen durchgesetzt werden sollten.

Tabelle 7: Allgemeines Umweltbewußtsein: konative, die Handlungsbereitschaft betreffende Aspekte (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Egal, was die anderen tun, ich selbst versuche, mich soweit wie möglich umweltgerecht zu verhalten (Zustimmung)	77	75	83	75	75	79
Zugunsten der Umwelt sollten wir alle bereit sein, unseren derzeitigen Lebensstandard einzuschränken (Zustimmung)	44	45	39	54	56	46
Ich verhalte mich auch dann umweltbewußt, wenn es zusätzlich erheblich höhere Kosten und Mühen verursacht (Zustimmung)	31	31	29	38	38	38
Umweltschutzmaßnahmen sollten auch dann durchgesetzt werden, wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gehen (Zustimmung)	19	18	21	27	27	25

Für jemand wie mich ist es schwierig, viel für die Umwelt zu tun (Ablehnung)	47	48	40	41	43	36
Wissenschaft und Technik werden viele Umweltprobleme lösen, ohne daß wir unsere Lebensweise ändern müssen (Ablehnung)	35	35	34	38	38	36

Frage: Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu? (fünfstufige Antwortskala; bei Zustimmung sind die Antworten "stimme voll und ganz zu" und "stimme weitgehend zu" zusammengefaßt; bei Ablehnung die Antworten "stimme überhaupt nicht zu" und "stimme eher nicht zu"; höhere Prozentwerte signalisieren damit jeweils ein höheres Umweltbewußtsein).

Im Übergang von der Erhebung 1996 zur Erhebung 1998 ist das allgemeine Umweltbewußtsein eindeutig rückläufig. Bei 11 der 13 Aussagen in den Tabellen 6 und 7 haben sich die Prozentwerte, die für eine umweltbewußte Einstellung stehen, mehr oder weniger stark verringert. Mithin ist nicht nur der Stellenwert gesunken, den die Bevölkerung dem Umweltschutz einräumt, sondern auch das Niveau der ökologischen Grundsensibilisierung. Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß die Umweltthematik heute emotional nicht mehr so stark besetzt ist wie in früheren Jahren. Dabei wäre es jedoch verfehlt, vorschnell von "Entwarnung" zu sprechen. Der angesprochene Befund, daß auch in der Erhebung 1998 lediglich 18% die Aussage ablehnen, daß wir auf eine Umweltkatastrophe zusteuern, wenn wir so

weiter machen wie bisher, macht dies deutlich (in der Erhebung 1996 lag die entsprechende Ablehnungsquote bei 11%).

Nimmt man eine Aggregation der Aussagen der Tabellen 6 und 7 zu einem summarischen Index vor, erhält man in der demographischen Aufschlüsselung folgendes Verteilungsmuster: Das Niveau des Umweltbewußtseins unterscheidet sich in West- und Ostdeutschland nicht; Frauen haben ein höheres Umweltbewußtsein als Männer; jüngere Personen und Personen mit höherer Schulbildung erreichen höhere Werte; und in Abhängigkeit von der Parteipräferenz zeichnen sich vor allem Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen durch ein überdurchschnittliches Umweltbewußtsein aus.

3.3 Zahlungsbereitschaft für den Umweltschutz

Ein besonderer und eigenständiger Aspekt des Umweltbewußtseins, der in der aktuellen Diskussion oft einseitig und über Gebühr betont wird, ist die Zahlungsbereitschaft der Bevölkerung für einen verbesserten Umweltschutz, die sog. "willingness to pay". Zur Zahlungsbereitschaft gehört die Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern, Abgaben und Gebühren ebenso wie die Bereitschaft, z.B. beim Einkaufen höhere Preise für umweltfreundliche Produkte zu bezahlen.

Nach der Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern und Abgaben für einen verbesserten Umweltschutz wurde in den Erhebungen 1996 und 1998 direkt gefragt, und die Ergebnisse der Auszählung dieser Frage präsentiert Tabelle 8. Mit der einschränkenden Vorgabe, daß die höheren Steuern und Abgaben direkt dem Umweltschutz zugute kommen, bekunden in der aktuellen Erhebung insgesamt 19% der Befragten, daß sie zur Zahlung höherer Steuern und Abgaben für einen verbesserten Umweltschutz bereit wären. Die deklarierte Zahlungsbereitschaft ist damit gegenüber der Erhebung 1996 lediglich um einen Prozentpunkt gesunken, und sie liegt in Westdeutschland um sieben Prozentpunkte höher als in Ostdeutschland. Angesichts der Ergebnisse der beiden vorherigen Abschnitte kann der geringe Rückgang der Zahlungsbereitschaft bei der "Steuerfrage" als ein zunächst überraschendes Ergebnis eingestuft werden.

Tabelle 8: Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern und Abgaben für einen verbesserten Umweltschutz (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
bereit	19	20	13	20	22	14
teils/teils bereit	28	28	30	31	31	31
nicht bereit	53	52	57	49	47	55

Frage: Eine Verbesserung des Umweltschutzes ist in der Regel nicht kostenlos zu haben. Wären Sie bereit, höhere Steuern und Abgaben für einen verbesserten Umweltschutz zu bezahlen, wenn sichergestellt wäre, daß diese direkt dem Umweltschutz zugute kämen?

Die nachstehende Tabelle 9 gliedert den Anteil derer, die sich in der aktuellen Erhebung 1998 zur Zahlung höherer Steuern und Abgaben für einen verbesserten Umweltschutz bereit erklären, nach dem Geschlecht, dem Alter, der Schulbildung und der Parteipräferenz der Befragten auf.

Tabelle 9: Bereitschaft zur Zahlung höherer Steuern und Abgaben für einen verbesserten Umweltschutz in Abhängigkeit von demographischen Merkmalen und der Parteipräferenz (Anteile der Befragten, die zur Zahlung höherer Steuern/Abgaben bereit wären)

BEFRAGTE	GESAMT	WEST	OST
Insgesamt	19	20	13
Geschlecht			
Männer	20	21	14
Frauen	18	19	13
Alter in Jahren			
18 - 30 Jahre	24	25	20
31 - 45 Jahre	23	24	20
46 - 60 Jahre	14	16	6
Älter als 60 Jahre	15	16	11
Schulbildung			
niedrig	13	14	7
mittel	15	16	12
hoch	35	39	21
Parteipräferenz			
CDU/CSU	19	20	14
SPD	18	19	11
Bündnis 90/Die Grünen	48	47	49
F.D.P.	15	16	14
PDS	15	36	11

Dabei zeigen sich im Westen und Osten keine nennenswerten Unterschiede in Abhängigkeit vom Geschlecht der Befragten. Sowohl im Westen als auch im Osten sind die Altersgruppen bis 45 Jahre eher zahlungsbereit als die Altersgruppen über 45. Mit zunehmender Schulbildung der Befragten steigt die Zahlungsbereitschaft kräftig an, was auf die oftmals im Hintergrund stehende größere Zahlungsfähigkeit und eventuell auch auf eine stärkere "Einsicht in die Notwendigkeit" verweist. Bei der Parteipräferenz heben sich die Wähler/-innen von Bündnis 90/Die Grünen mit einer überdurchschnittlichen Zahlungsbereitschaft klar von den Wähler/innen der anderen Parteien ab.

Ergänzend zur "Steuerfrage" enthalten die Erhebungen seit 1991 weitere Fragen, die einen Einblick in den Stand und die Entwicklung der Zahlungsbereitschaft für den Umweltschutz vermitteln. Diese Fragen beziehen sich auf spezielle Bereiche, angefangen von einer Verteuerung des Autofahrens, über erhöhte Müllgebühren, bis hin zu höheren Preisen für umweltfreundliche Produkte beim Einkaufen. Die Ergebnisse dazu sind summarisch in Tabelle 10 dargestellt.

Gemäß Tabelle 10 ist die Bereitschaft, eine Verteuerung des Autofahrens hinzunehmen, im Verlauf der 90er Jahre eindeutig gesunken. Auch der Vorschlag einer Erhöhung der Müllgebühren, der in verschiedenen Kontexten der Erhebung mit zwei sehr unterschiedlich formulierten Fragen angegangen wurde, findet immer seltener Zustimmung. Einschränkend ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu den Müllgebühren zu berücksichtigen, daß die Gebühren für die Abfallentsorgung in den zurückliegenden Jahren (regional unterschiedlich) zum Teil kräftig gestiegen sind. Hinzu kommt, daß sich die Müllgebühren vielerorts erhöht haben, obwohl die Bürger/innen ihre Restmüllmenge verringert haben. Schließlich macht sich der Rückgang der Zahlungsbereitschaft auch bei den privaten Ausgaben bemerkbar. Die Bereitschaft, beim Einkaufen für umweltorientierte Produkte mehr Geld auszugeben, ist tendenziell rückläufig.³

³ Der Rückgang der Zahlungsbereitschaft im Fall des Einkaufens von umweltfreundlichen Produkten zeigt sich im Zeittrend vor allem bei Produkten mit dem Blauen Engel. Mit Blick auf den Blauen Engel sollten auch die Ergebnisse beachtet werden, auf die noch im späteren Abschnitt 4.2.1 eingegangen wird.

Tabelle 10: Zahlungsbereitschaft in den Bereichen "Auto", "Müll" und "ökologische Produkte" (Anteile der Befragten, die zustimmen bzw. zahlungsbereit sind)

Jahr	91	92	93	94	96	98
Autofahren sollte verteuert werden						
Befragte gesamt	35	36	33	29	24	17
Befragte West	38	39	36	32	25	18
Befragte Ost	24	26	21	18	17	15
Bereit, höhere Müllgebühren zu zahlen						
Befragte gesamt					21	15
Befragte West					22	16
Befragte Ost					15	11
Müllgebühren sollten erheblich erhöht werden						
Befragte gesamt	32	21	19	16	7	5
Befragte West	35	25	22	18	8	5
Befragte Ost	19	10	10	7	5	4
Bereit, höhere Preise für Umweltprodukte zu zahlen						
Befragte gesamt					36	28
Befragte West					38	30
Befragte Ost					27	21
Bereit, für Produkte mit dem Blauen Engel mehr Geld auszugeben						
Befragte gesamt			57	55	32	27
Befragte West			64	62	36	29
Befragte Ost			30	25	19	17

Fragen: (1) Stimmen Sie dem Vorschlag "Das Autofahren sollte verteuert werden" eher zu oder eher nicht zu? (2) Ich wäre bereit, höhere Müllgebühren zu bezahlen, wenn dadurch der Restmüll umweltschonender beseitigt werden könnte (Zustimmung auf einer fünfstufigen Skala). (3) Sind Sie für oder gegen den Vorschlag, daß die Müllgebühren erheblich erhöht werden? (4) Beim Einkaufen bin ich bereit, höhere Preise für Produkte zu bezahlen, die weniger umweltbelastend sind (Zustimmung auf einer fünfstufigen Skala). (5) Sind Sie bereit, für Produkte mit dem Blauen Engel mehr Geld auszugeben als für andere Produkte, oder sind Sie dazu nicht bereit?

Zusammenfassend läßt sich zur Zahlungsbereitschaft für den Umweltschutz festhalten: Die "willingness to pay" liegt aktuell auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau, sie ist im Verlauf der 90er Jahre gesunken, sie ist bei Steuern, Abgaben und Gebühren schwächer ausgeprägt als bei zusätzlichen Ausgaben für Umweltprodukte im Konsumbereich, und sie ist in Ostdeutschland niedriger als in Westdeutschland. Der Befund einer geringeren Zah-

lungsbereitschaft im Osten verschwindet allerdings in der Regel dann, wenn man statistisch die Einkommensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland kontrolliert. All diese Befunde verweisen darauf, daß sich die Umweltpolitik (ebenso wie vermutlich auch andere Politikbereiche) in der aktuellen Situation offenbar verstärkt Gedanken um Maßnahmen und Instrumente machen muß, die die Bürger/innen nicht oder zumindest nur indirekt finanziell belasten.

4. EINSTELLUNGEN UND VERHALTEN IM BEREICH "EINKAUFEN/ KONSUM"

Nachdem es in den Kapiteln 2 und 3 relativ allgemein um Umweltverhältnisse und Umwelteinstellungen ging, wenden sich die folgenden vier Kapitel speziellen Bereichen zu: Einkaufen und Konsum, Müll und Recycling, Energiesparen und Wasserverbrauch im Haushalt sowie Auto und Verkehr. In jedem der vier Bereiche wurden zum einen bereichsspezifische Einstellungen erhoben, zum anderen ausgewählte Aspekte des selbstberichteten Verhaltens. Gegenstand dieses Kapitels ist der Einkaufs- und Konsumbereich, der in der aktuellen Diskussion vielfach unter dem Oberbegriff "nachhaltige Konsummuster" diskutiert wird.

4.1 Einstellungen zum Thema "Einkaufen/Konsum"

Wie das "allgemeine Umweltbewußtsein" läßt sich auch eine umweltorientierte Konsumhaltung als Einstellung konzipieren, bestehend aus einer affektiven, kognitiven und konativen (die Handlungsbereitschaft betreffenden) Komponente. Bezogen auf die drei Komponenten wurden je zwei Aussagen formuliert, denen die Befragten auf einer fünfstufigen Antwortskala zustimmen oder nicht zustimmen konnten. Tabelle 11 informiert über die verwendeten Aussagen und zeigt die jeweiligen Zustimmungsqoten in den Erhebungen 1996 und 1998.

Wenn 56% der Befragten zustimmen, daß mit Blick auf den Umweltschutz Verhaltensänderungen der Bürger/innen beim Einkaufen dringend notwendig sind, und 47% die Ansicht vertreten, daß die Sorglosigkeit der Leute beim Einkaufen erheblich zu unseren derzeitigen Umweltproblemen beiträgt, dann kann dies als Zeichen für eine relativ ausgeprägte umweltorientierte Konsumhaltung gewertet werden. Weniger stark ausgeprägt ist allerdings die

Handlungsbereitschaft: 32% der Befragten bekunden die Absicht, in Zukunft mehr Produkte aus kontrolliert-biologischem Anbau zu kaufen. 28% sind bereit, höhere Preise für weniger umweltbelastende Produkte zu bezahlen (vgl. bereits Abschnitt 3.3 zur Zahlungsbereitschaft für den Umweltschutz).

Tabelle 11: Einstellungen zum Thema "Einkaufen/Konsum" (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
AFFEKTIVE KOMPONENTE						
Ich bin erschrocken darüber, wie viele umweltschädliche Produkte immer noch in den Regalen der Geschäfte stehen (Zustimmung)	38	41	28	51	55	36
Ich ärgere mich über Leute, die ohne Bedenken große Mengen von Konservendosen kaufen (Zustimmung)	25	26	21	34	35	30
KOGNITIVE KOMPONENTE						
Verhaltensänderungen der Leute beim Einkaufen sind dringend notwendig, wenn man im Umweltschutz Fortschritte machen will (Zustimmung)	56	56	56	62	64	56
Die Sorglosigkeit der Leute beim Einkaufen trägt erheblich zu unseren derzeitigen Umweltproblemen bei (Zustimmung)	47	49	42	54	56	43
KOMPONENTE DER HANDLUNGSBEREITSCHAFT						
Ich bin dazu entschlossen, in Zukunft (noch) mehr Produkte aus kontrolliert-biologischem Anbau zu kaufen (Zustimmung)	32	31	34	44	44	44
Beim Einkaufen bin ich bereit, höhere Preise für Produkte zu bezahlen, die weniger umweltbelastend sind (Zustimmung)	28	30	21	36	38	27

Frage: Zum Thema "Einkaufen": Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu? (fünfstufige Antwortskala; mit Zustimmung sind die Antworten "stimme voll und ganz zu" und "stimme weitgehend zu" zusammengefaßt; höhere Prozentwerte signalisieren stärker ausgeprägte umweltorientierte Konsumeinstellungen).

Im Vergleich der Ergebnisse der Befragungen 1996 und 1998 ergibt sich dasselbe Bild wie beim allgemeinen Umweltbewußtsein. Bei allen sechs Einzelaussagen ist die Zustimmung-

quote gesunken, was besagt, daß auf der Einstellungsebene Umweltgesichtspunkte beim Einkaufen offenbar an Bedeutung verloren haben.

Anders als beim allgemeinen Umweltbewußtsein (Tabellen 6 und 7) lassen sich im Konsum- und Einkaufsbereich teilweise deutliche West-Ost-Unterschiede beobachten. Daraus ergibt sich jedoch kein systematischer Unterschied bei den diesbezüglichen Einstellungsmustern in West und Ost. Wird aus den sechs Aussagen ein Summenindex konstruiert, erweist sich der West-Ost-Unterschied nicht als statistisch signifikant. Im Westen haben Frauen, jüngere Befragte, Personen mit höherer Schulbildung und Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen eine signifikant höhere umweltorientierte "Konsumhaltung" als Männer, ältere Befragte, Personen mit niedriger Schulbildung und Wähler/innen der anderen Parteien. Dies entspricht den Ergebnissen beim allgemeinen Umweltbewußtsein. Im Osten bestehen bei den Merkmalen Geschlecht und Alter keine nennenswerten Unterschiede, und wie im Westen orientieren sich Personen mit höherer Schulbildung und Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen auf der Einstellungsebene tendenziell stärker an Belangen des Umweltschutzes.

4.2 Ausgewählte Verhaltensaspekte im Bereich "Einkaufen/Konsum"

Auf der Ebene des Verhaltens wird zunächst betrachtet, ob und inwieweit die Befragten beim Einkaufen auf Kennzeichnungen umweltfreundlicher Produkte achten. Anschließend wird auf einige weitere Verhaltensaspekte eingegangen, die in der Erhebung im Bereich "Einkaufen und Konsum" thematisiert wurden.

4.2.1 Orientierung an Kennzeichnungen umweltfreundlicher Produkte

Direkt danach gefragt, wie häufig sie beim Einkaufen auf Hinweise achten, die auf den Verpackungen stehen und etwas zur Umweltverträglichkeit der Produkte sagen, antworten, wie es in Tabelle 12 dargestellt ist, 43% mit "immer" bzw. "oft". Nennenswerte Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland bestehen gemäß Tabelle 12 nicht, und in den zwei Jahren von 1996 bis 1998 zeigt sich ein leichter Rückgang bei der Beachtung von umweltbezogenen Verpackungshinweisen. Wie schon in der Erhebung 1996 achten die Frauen signifikant häufiger als die Männer auf Informationen zur Umweltverträglichkeit

("immer/oft"-Antworten: 49% bei den Frauen und 38% bei den Männern), was insofern bedeutsam ist, als der tägliche Einkauf wohl noch immer mehrheitlich von den Frauen erledigt wird.

Tabelle 12: Beachtung von Verpackungshinweisen zur Umweltverträglichkeit der Produkte (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
immer	11	11	11	13	14	13
oft	32	33	31	35	35	33
manchmal	31	30	32	31	31	30
selten	16	15	19	13	12	17
nie	10	11	7	8	8	7

Frage: Wie häufig achten Sie beim Einkaufen auf Hinweise, die auf den Verpackungen stehen und etwas zur Umweltverträglichkeit der Produkte sagen: immer, oft, manchmal, selten oder nie?

Wenn Verpackungshinweise zur Umweltverträglichkeit Beachtung finden, schließt sich die Frage an, woran die Verbraucher/innen konkret zu erkennen glauben, ob ein Produkt umweltfreundlich ist. Anknüpfend an die früheren Erhebungen wurde die - mehrere Antworten zulassende - Frage gemäß Tabelle 13 verwendet.

Bei den Ergebnissen für das Jahr 1998 läßt sich aus Tabelle 13 ablesen, daß insgesamt 45% den "Blauen Engel" nennen, der das in Deutschland wohl nach wie vor wichtigste Umweltkennzeichen ist. Im Westen sind der Blaue Engel und die Aufschrift "umweltfreundlich" die häufigsten Nennungen. Im Osten wird der Blaue Engel von der Aufschrift "umweltfreundlich" klar übertroffen. Ein Blick auf den Zeittrend in Tabelle 13 legt drei Schlußfolgerungen nahe: Erstens ist die Aufmerksamkeit auf den Blauen Engel als Erkennungszeichen für umweltfreundliche Produkte im Westen und Osten gesunken. Zweitens gibt es im Westen einen erheblichen Zuwachs an Vertrauen in relativ allgemeine Kennzeichnungen von Umweltfreundlichkeit. Und drittens hat sich die "Trennschärfe" der Urteile im Osten nicht verbessert. Generell dürfte dieses Bild mit Blick auf den Blauen Engel vor allem mit dem Aufkommen neuer Umweltkennzeichen und mit vielfach allgemein verbesserten Umweltauforderungen an Produkte zusammenhängen.

Tabelle 13: Erkennungshinweise für umweltfreundliche Produkte 1992 bis 1998
(Angaben in Prozent der jeweiligen Nennungen)

JAHR	92	93	94	96	98
BEFRAGTE GESAMT					
Aufdruck "Blauer Engel"	61	61	59	48	45
Aufschrift "umweltfreundlich"	26	18	23	39	47
Aufschrift "Öko"	12	10	13	22	27
Aufschrift "Bio"	10	10	11	21	25
BEFRAGTE WEST					
Aufdruck "Blauer Engel"	65	64	60	52	48
Aufschrift "umweltfreundlich"	22	15	19	39	48
Aufschrift "Öko"	8	8	10	20	27
Aufschrift "Bio"	7	7	9	21	26
BEFRAGTE OST					
Aufdruck "Blauer Engel"	45	49	53	33	31
Aufschrift "umweltfreundlich"	41	31	39	38	42
Aufschrift "Öko"	27	20	24	28	28
Aufschrift "Bio"	19	22	19	23	20

Frage: Woran erkennen Sie, ob ein Produkt umweltfreundlich ist?

Weiter in Anknüpfung an die früheren Erhebungen wurden den Befragten zwei spezielle Fragen zum Blauen Engel vorgelegt. Die erste Frage lautete, ob die Zielpersonen beim Einkaufen auf Produkte mit dem Blauen Engel achten. Die zweite Frage erkundete die Bereitschaft, für Produkte mit dem Blauen Engel mehr zu bezahlen. Da die Ergebnisse zur zweiten Frage bereits in Tabelle 10 (Zahlungsbereitschaft für Umweltprodukte) vorgestellt wurden, enthält Tabelle 14 lediglich die Befunde zur ersten Frage.

Tabelle 14: Achten auf Produkte mit dem Blauen Engel beim Einkaufen (Anteile der Befragten, die auf den Blauen Engel achten)

JAHR	93	94	96	98
Befragte gesamt	53	52	47	44
Befragte West	59	57	51	47
Befragte Ost	29	29	31	32

Frage: Achten Sie beim Einkaufen auf Produkte mit dem Blauen Engel, oder ist Ihnen dieses Zeichen gar nicht bekannt?

Die Tabelle belegt noch einmal (wie schon Tabelle 13) den Bedeutungsverlust, den der Blaue Engel als wichtigstes Umweltkennzeichen im Verlauf der 90er Jahre erlitten hat. In der Erhebung 1998 geben im Westen 20% und im Osten 43% die Antwort, daß sie den Blauen Engel überhaupt nicht kennen. In Verbindung mit dem Ergebnis, daß die Bereitschaft zur Zahlung höherer Preise für Produkte mit dem Blauen Engel gesunken ist (Tabelle 10), bedeutet dies, daß dann, wenn man den Blauen Engel als dominierendes Umweltkennzeichen erhalten will, offenbar verstärkte Werbe- und Aufklärungsanstrengungen notwendig sind.

4.2.2 Weitere Aspekte umweltorientierten Konsumverhaltens

Weitere Verhaltensaspekte im Einkaufs- und Konsumbereich, die in den Erhebungen 1996 und 1998 berücksichtigt wurden, werden in Tabelle 15 berichtet. Mit Blick auf diese Tabelle sollen die wichtigsten Trends und Befunde nur stichwortartig angesprochen werden.

Trotz des Rückgangs bei den umweltbezogenen Einstellungen im Konsumbereich lassen sich auf der Verhaltensebene für die Zeitspanne von 1996 bis 1998 keine nennenswerten Veränderungen feststellen. Folgt man den Angaben der Befragten, ist weder der Kauf von Getränken in Pfandflaschen gesunken, noch wird Verpackungsmaterial seltener in Geschäften zurückgelassen, und auch das Achten auf regionale Produkte beim Einkauf von Obst und Gemüse liegt auf einem unverändert hohen Niveau. Wie schon in der Erhebung 1996 zeigt sich, daß Getränke wie Bier, Mineralwasser und Fruchtsäfte im Westen häufiger in Pfandflaschen gekauft werden als im Osten. Umgekehrt ist die ostdeutsche Bevölkerung beim Einkauf von Obst und Gemüse nach wie vor stärker regional orientiert als die westdeutsche Bevölkerung. Bei der in der Erhebung 1998 erstmals verwendeten Frage nach aufladbaren Batterien ergibt sich ein West-Ost-Unterschied in der Form, daß die Westdeutschen häufiger Batterien kaufen, die man wieder aufladen kann.

Wo es in Tabelle 15 eine signifikante Veränderung im Übergang von 1996 zu 1998 gibt, ist bei der Bereitschaft zum Kauf gentechnisch-behandelter und gentechnisch-hergestellter Lebensmittel: Die Bereitschaft, solche Lebensmittel zu kaufen, ist deutlich gesunken. Der Rückgang resultiert dabei in erster Linie aus einer geringeren Akzeptanz in Westdeutschland. Die ostdeutsche Bevölkerung lehnt - wie schon in der Erhebung 1996 - gentechnisch-behan-

Tabelle 15: Ausgewählte Aspekte des Einkaufs- und Konsumverhaltens (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Kauf von Getränken						
immer in Pfandflaschen	56	59	45	56	59	47
überwiegend Pfandflaschen	30	28	36	27	27	27
teils, nicht Pfandflaschen	14	13	19	17	14	26
Achten auf Produkte mit wenig Verpackungsmaterial						
immer, oft	45	45	45			
manchmal	31	30	31			
selten, nie	24	25	24			
Verpackungsmaterial im Geschäft gelassen						
dreimal oder mehr	19	20	16	21	22	17
ein- bis zweimal	21	19	25	19	19	22
gar nicht	57	58	54	56	55	57
weiß nicht	3	3	5	4	4	4
Achten beim Kauf von Obst und Gemüse auf frische Ware der Saison aus der Region						
immer, oft	65	64	71	61	58	73
manchmal	21	21	19	22	23	17
selten, nie	14	15	10	17	19	10
Kauf von Lebensmitteln aus kontrolliert-biologischem Anbau						
immer, oft	24	25	21			
manchmal	29	27	34			
selten, nie	47	48	45			
Kauf von Batterien, die man wieder aufladen kann						
immer, oft	37	39	29			
manchmal	16	16	16			
selten, nie	47	45	55			
Bereitschaft zum Kauf gentechnisch-behandelter Lebensmittel						
überhaupt nicht	51	55	35	39	41	34
eher nicht	30	27	40	33	32	33
eventuell, ja	19	18	25	28	27	33

Fragen: (1) In welcher Form kaufen Sie Getränke wie Bier, Mineralwasser und Fruchtsäfte? (2) Wie häufig achten Sie darauf, Produkte zu kaufen, die möglichst wenig Verpackungsmaterial haben? (3) Wie oft haben Sie in den letzten 4 Wochen die vorhandenen Möglichkeiten genutzt, Verpackungsmaterial im Geschäft zurückzulassen? (4) Wie häufig achten Sie beim Kauf von Obst und Gemüse darauf, frische Ware der Saison aus Ihrer Region zu kaufen? (5) Wie häufig kaufen Sie Lebensmittel aus kontrolliert-biologischem Anbau? (6) Inwieweit achten Sie darauf, Batterien zu kaufen, die man wieder aufladen kann? (7) Sind Sie bereit, gentechnisch-behandelte und gentechnisch-hergestellte Lebensmittel zu kaufen?

delte und gentechnisch-hergestellte Lebensmittel weniger stark ab als die westdeutsche Bevölkerung.

Im Einkaufs- und Konsumbereich zielten drei Fragen speziell noch auf den Kauf und den Umgang mit Bekleidung und Textilien. Die dazu in Tabelle 16 ausgewiesenen Prozentwerte belegen, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung angibt, die "Langlebigkeit der Kleidungsstücke" sei das wichtigste Entscheidungskriterium beim Einkauf. Erwähnenswert dabei ist, daß in der Erhebung 1998 die Langlebigkeit häufiger genannt wird als noch in der Erhebung 1996. Die geringen Prozentwerte beim Kauf von Bekleidung aus Second-Hand-Läden verweisen in die Richtung, daß es in diesem Bereich sicherlich noch ein Steigerungspotential gibt. Ähnlich dürfte es bei der Tragedauer von Oberbekleidung sein, wo immerhin 11% eine Tragedauer von lediglich einem Jahr bzw. einer Saison angeben.

Tabelle 16: Kauf und Umgang mit Bekleidung und Textilien (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Wichtigstes Kriterium beim Kauf von Kleidungsstücken						
Langlebigkeit	54	54	50	45	44	48
Preis	33	32	41	39	39	40
Mode	13	14	9	16	17	12
Kauf von Bekleidung in Second-Hand-Läden						
immer, oft	4	4	2			
manchmal	8	9	7			
selten	11	11	13			
nie	77	76	78			
Tragedauer von neuer Oberbekleidung						
länger als 3 Jahre	45	48	34			
2 bis 3 Jahre	44	42	53			
1 Jahr	8	7	10			
eine Saison	3	3	3			

Fragen: (1) Wenn Sie sich neu einkleiden, was von den drei folgenden Dingen ist für Sie am wichtigsten: ein günstiger Preis, Langlebigkeit der Kleidungsstücke oder die jeweilige Mode? (2) Wie häufig kaufen Sie Kleidung in Second-Hand-Läden: immer, oft, manchmal, selten oder nie? (3) Wenn Sie für sich neue Oberbekleidung kaufen, z.B. eine neue Hose, ein Jacket oder einen neuen Pullover, wie lange tragen Sie dann normalerweise diese neuen Kleidungsstücke: für eine Saison, ein Jahr lang, zwei bis drei Jahre oder länger als drei Jahre?

Gliedert man die diversen Verhaltensaspekte aus den Tabellen zum Einkaufs- und Konsumverhalten nach demographischen Merkmalen auf, erscheinen im Gesamtmuster vor allem folgende Befunde bemerkenswert: Am ehesten kann man den westdeutschen Frauen ein Einkaufs- und Konsumverhalten bescheinigen, das Umweltbelange verstärkt berücksichtigt. Beim Alter und zum Teil auch bei der Schulbildung deutet sich ein gewisser Konflikt an, der sich auch in den folgenden Kapiteln noch wiederholt zeigen wird. Obwohl das allgemeine und bereichsspezifische Umweltbewußtsein von jüngeren Personen und Personen mit höherer Schulbildung überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist, folgen gerade diese beiden Gruppen einem Konsum- und Lebensstil, der sich nur schwer mit dem deklarierten Bewußtsein vereinbaren läßt. Trotz eines überdurchschnittlichen Umweltbewußtseins läßt sich z.B. feststellen, daß die jüngste Altersgruppe (18-30 Jahre) seltener Getränke in Pfandflaschen kauft, seltener auf Produkte mit wenig Verpackungsmaterial achtet, seltener nach Produkten aus der Region Ausschau hält und seltener auf langlebige Kleidungsstücke Wert legt.

5. EINSTELLUNGEN UND VERHALTEN IM BEREICH "MÜLL/RECYCLING"

Auch im Bereich "Müll und Recycling" soll, wie im Bereich "Einkaufen und Konsum", mit Einstellungen der Bevölkerung zu diesem Thema begonnen und anschließend zum Verhalten übergegangen werden. Auf die Beurteilung verschiedener Vorschläge zur Bewältigung des Müllproblems wird im letzten Abschnitt eingegangen.

5.1 Einstellungen zum Thema "Müll/Recycling"

Mithilfe von sechs Aussagen wurde versucht, wichtige Einstellungen der Bevölkerung im Problembereich "Müll und Recycling" zu erfassen. Tabelle 17 faßt die Ergebnisse zusammen.

Auf der affektiv-kognitiven Ebene ist das Müllproblem offenbar nach wie vor präsent. 44% der Befragten äußern Zustimmung zu der Aussage "Ich befürchte, wir werden bald in dem von uns produzierten Müll ersticken". Und 54% lehnen die Vorstellung ab, daß die Bedeutung des Müllproblems und des Recyclings in der Umweltdiskussion übertrieben wird. Mit Blick auf zugestandene Eingriffsmöglichkeiten liegt die Bereitschaft, in Zukunft noch weitere

Müllarten getrennt zu sammeln, höher als die Bereitschaft, einen Anstieg der Müllgebühren zu akzeptieren. Bei fünf der sechs Aussagen in Tabelle 17 sind die Prozentwerte im Vergleich zur Erhebung 1996 allerdings zurückgegangen. Dies kann einerseits besagen, daß auch im Bereich von Müll und Recycling eine verminderte Problemwahrnehmung seitens der Bevölkerung besteht; andererseits mag dies ein Hinweis darauf sein, daß der vom Abfallbereich ausgehende Problemdruck geringer geworden ist.

Tabelle 17: Einstellungen zum Thema "Müll/Recycling" (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
AFFEKTIVE KOMPONENTE						
Herumliegender Abfall auf den Straßen und am Wegrand regt mich ziemlich auf (Zustimmung)	77	76	81	72	69	84
Ich befürchte, wir werden bald in dem von uns produzierten Müll ersticken (Zustimmung)	44	42	53	51	49	59
KOGNITIVE KOMPONENTE						
In der Umweltdiskussion wird die Bedeutung des Müllproblems und des Recyclings übertrieben (Ablehnung)	54	52	60	57	57	59
Bei der Mülltrennung und beim Recycling sind die Deutschen vorbildlich, und man kann da nicht mehr viel verbessern (Ablehnung)	25	24	29	33	31	44
KOMPONENTE DER HANDLUNGSBEREITSCHAFT						
Ich wäre dazu bereit, in Zukunft noch weitere Müllarten getrennt zu sammeln (Zustimmung)	48	47	57	50	48	61
Ich wäre bereit, höhere Müllgebühren zu bezahlen, wenn dadurch der Restmüll umweltschonender beseitigt werden könnte (Zustimmung)	15	16	11	21	22	15

Frage: Zum Thema "Mülltrennung und Abfall": Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu? (fünfstufige Antwortskala; bei Zustimmung sind die Antworten "stimme voll und ganz zu" und "stimme weitgehend zu" zusammengefaßt; bei Ablehnung die Antworten "stimme überhaupt nicht zu" und "stimme eher nicht zu"; höhere Prozentwerte signalisieren damit jeweils eine stärkere Sensibilisierung im Abfallbereich).

Bildet man aus den sechs Aussagen von Tabelle 17 einen additiven Summenindex, ergibt sich ein signifikant höherer Gesamtwert für die ostdeutsche Bevölkerung. Weitere Aufgliederungen bringen für Westdeutschland das inzwischen geläufige Bild: Frauen, jüngere Befragte, Personen mit höherer Schulbildung und Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen sind stärker besorgt und sensibilisiert als Männer, ältere Befragte, Personen mit niedriger Schulbildung und Wähler/innen der anderen Parteien. In Ostdeutschland lassen sich keine nennenswerten Unterschiede nach dem Geschlecht und dem Alter der Befragten feststellen; bei der Schulbildung und der Parteipräferenz erweisen sich die Befragten mit höherer Schulbildung und die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen als überdurchschnittlich problembewußt.

5.2 Ausgewählte Verhaltensaspekte und Rahmenbedingungen im Bereich "Müll/Recycling"

Die Beteiligung am Recycling dürfte in hohem Maße von den jeweiligen Rahmenbedingungen, d.h. von den Recycling-Gelegenheiten abhängen. Aus diesem Grund werden zunächst die Ergebnisse zu einigen Fragen bezüglich der Rahmenbedingungen für Recyclingaktivitäten dargestellt, und erst danach wird das Verhalten betrachtet.

Die Infrastruktur bei Altpapier- und Altglas-Containern wird von der Bevölkerung inzwischen als gut ausgebaut eingestuft. Lediglich 13% bzw. 22% der Befragten geben die Auskunft, der nächste Altpapier- bzw. Altglas-Container sei mehr als 500 Meter von ihrer Wohnung entfernt (in der Erhebung 1996 lagen diese Werte noch bei 19% bzw. 24%). Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland bestehen eher dergestalt, daß die Westdeutschen angeben, längere Wege bis zum nächsten Altpapier- und Altglas-Container zurücklegen zu müssen. Wo es nach wie vor ein gewisses West-Ost-Gefälle gibt, ist bei den Möglichkeiten zur Trennung von Biomüll und bei den Sammelstellen für Sondermüll. Daß es in ihrer Gemeinde eine getrennte Abfuhr für Biomüll gibt, sagen 62% im Westen und 52% im Osten (Erhebung 1996: 51% versus 38%). Auf das Vorhandensein von festen oder mobilen Sammelstellen für Sondermüll, die in erreichbarer Entfernung von ihrer Wohnung liegen, verweisen 61% der Befragten im Westen und 45% der Befragten im Osten (Erhebung 1996: 63% versus 34%). Der Vergleich der Prozentwerte für die beiden Erhebungen 1996

und 1998 belegt, daß der Ost-West-Unterschied, der bei den Entsorgungsmöglichkeiten für Altpapier und Altglas nicht mehr besteht, offenbar auch im Bereich des Biomülls und bei den Sonderabfällen schrittweise abgebaut wird.

Das Verhalten bei der Mülltrennung wurde erhoben, indem zum einen nach der Häufigkeit des getrennten Sammelns von neun verschiedenen Materialien gefragt wurde und zum anderen danach, ob sich der Haushalt am Dualen System beteiligt. Über die Ergebnisse informieren die nachstehenden Tabellen 18 und 19.

Tabelle 18: Häufigkeit des Recyclings verschiedener Materialien (Anteile der Befragten, die die Materialien immer getrennt sammeln)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Papier und Zeitungen	89	88	93	86	85	88
Glas	87	86	93	85	85	84
Plastik	75	74	83	69	68	75
Konservenbüchsen	74	74	76	68	68	69
Batterien	72	74	64	75	78	63
Medikamente	67	68	63	66	67	60
Aluminium	66	65	69	63	64	61
Textilien	66	65	70	63	61	70
Lebensmittelabfälle	62	61	65	55	54	59

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Dinge, die in einem Haushalt als Abfall anfallen. Sagen Sie mir bitte, ob Sie diese: immer, häufig, gelegentlich oder nie vom Restmüll getrennt sammeln.

Tabelle 19: Beteiligung am Dualen System (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
ja	76	73	84	72	72	76
teils/teils	8	9	7	8	7	10
nein	16	18	9	20	21	14

Frage: Beteiligt sich Ihr Haushalt am Dualen System, also bei der getrennten Sammlung der Verpackungen, die den Grünen Punkt haben?

Da man angesichts sozial erwünschter Angaben bereits der Antwort "häufig" mit einer gewissen Skepsis begegnen muß, sind in Tabelle 18 die Anteile derer notiert, die verschiedene Materialien angeblich "immer" getrennt sammeln. Eindeutig am häufigsten werden Altpapier und Altglas dem Recycling zugeführt. Im Mittelbereich liegt die Beteiligung am

Recycling von Plastik, Konservendosen und Batterien. Und am Ende stehen Medikamente, Aluminium, Textilien und Lebensmittelabfälle.

Im Ost-West-Vergleich ergibt sich das Ergebnis, daß (mit den zwei Ausnahmen bei Batterien und Medikamenten) die Mitwirkung am Recycling im Osten höher angegeben wird als im Westen. Dieser Unterschied konnte in der Erhebung 1996 noch nicht beobachtet werden und hat sich mithin erst im Verlauf der letzten zwei Jahre eingestellt. Die größere Bereitschaft der Ostdeutschen, Mülltrennung im eigenen Haushalt zu praktizieren, zeigt sich auch bei der Beteiligung am Dualen System. Aus Tabelle 19 geht hervor, daß das Duale System im Osten mittlerweile besser angenommen wird als im Westen.

Bei acht der neun Materialien, die explizit abgefragt wurden, ist im Zeitvergleich der Erhebungen 1996 und 1998 die "Recyclingquote" gestiegen. Die Ausnahme sind Batterien, wobei man argumentieren kann, daß die meisten Batterien, wie sie in Privathaushalten anfallen, inzwischen so beschaffen sind, daß man diese ohne Gefahr für die Umwelt in den Restmüll werfen kann. Gemäß Tabelle 19 hat sich auch die Akzeptanz des Dualen Systems erhöht. Die verstärkte Beteiligung der Bevölkerung am Recycling ist wohl in erster Linie auf eine verbesserte Infrastruktur zurückzuführen.

Vergeben wir, um noch einen etwas genaueren Überblick zu gewinnen, für jede "immer"-Nennung in Tabelle 18 einen Punkt und einen weiteren Punkt, sofern sich die befragte Person am Dualen System beteiligt, erreichen die Befragten in Ostdeutschland eine signifikant höhere Punktzahl als die Befragten in Westdeutschland. Mit diesem Summenindex ergibt sich weiterhin: Im Westen, nicht aber im Osten beteiligen sich Frauen signifikant häufiger am Recycling als Männer. Die überdurchschnittlich umweltbewußten jüngeren Befragten zeigen ein geringeres Engagement bei der Mülltrennung. Diese Unstimmigkeit von Bewußtsein und Verhalten speziell bei der jüngeren Generation war schon beim Thema Einkaufen ein wichtiges Ergebnis. Auch die umweltbewußteren Personen mit höherer Bildung lösen dieses Bewußtsein nicht in der Form einer vermehrten Mitwirkung an der Mülltrennung ein. Die Unterschiede in Abhängigkeit von der Parteipräferenz verbleiben auf einem Niveau unterhalb der Signifikanzschwelle. Aufgeschlüsselt nach der Ortsgröße verhält es sich so, daß Mülltrennung am seltensten in Großstädten praktiziert wird.

5.3 Beurteilung verschiedener Vorschläge zur Bewältigung des Müllproblems

Hinsichtlich verschiedener Vorschläge zur Bewältigung des Müllproblems wurde auf Vorgaben aus den früheren Erhebungen zurückgegriffen. Die zu beurteilenden Maßnahmen-vorschläge erstreckten sich auf mehr gesetzliche Vorschriften für die Hersteller von Produk-ten, auf den Bau zusätzlicher Müllverbrennungsanlagen, auf die Einrichtung von mehr Mülldeponien und auf eine Erhöhung der Müllgebühren. Der genaue Fragetext und die Ergebnisse für den Beobachtungszeitraum von 1991 bis 1998 finden sich in Tabelle 20.

Tabelle 20: Befürwortung verschiedener Maßnahmen zur Bekämpfung der Müllflut 1991 bis 1998 (Anteile der Befragten, die die Maßnahmen befürwor-ten)

Jahr	91	92	93	94	96	98
Mehr gesetzliche Vorschriften für die Hersteller von Produkten						
Befragte gesamt					89	84
Befragte West					89	82
Befragte Ost					91	93
Bau von mehr Müllverbrennungsanlagen						
Befragte gesamt	42	44	47	46	40	36
Befragte West	36	40	43	44	38	34
Befragte Ost	61	58	63	55	50	45
Einrichtung von mehr Mülldeponien						
Befragte gesamt	25	24	23	23	32	27
Befragte West	25	23	22	23	30	24
Befragte Ost	26	28	27	22	42	40
Erhöhung der Müllgebühren						
Befragte gesamt	32	21	19	16	7	5
Befragte West	35	25	22	18	8	5
Befragte Ost	19	10	10	7	5	4

Frage: Nach wie vor gibt es zuviel Müll. Deshalb wird über eine Reihe von Vorschlägen diskutiert, um dieses Problem zu lösen. Sind Sie dafür oder dagegen: (1) daß den Herstellern von Produkten mehr gesetzliche Vorschriften gemacht werden, (2) daß mehr Müllverbrennungsanlagen gebaut werden, (3) daß mehr Mülldeponien eingerichtet werden, (4) daß die Müllgebühren erheblich erhöht werden?

Die höchste Zustimmung in der Bevölkerung finden mehr gesetzliche Vorschriften für die Hersteller von Produkten, wobei die Zustimmung in Westdeutschland etwas zurückgegangen ist. An zweiter und dritter Stelle folgen die Zustimmung zum Bau von mehr Müllverbren-

nungsanlagen und die Zustimmung zur Einrichtung weiterer Mülldeponien. Sowohl mehr gesetzliche Vorschriften als auch mehr Müllverbrennungsanlagen und mehr Mülldeponien werden von der ostdeutschen Bevölkerung häufiger akzeptiert als von der westdeutschen Bevölkerung. Sehr deutlich gesunken ist die Bereitschaft, erheblich höhere Müllgebühren hinzunehmen, was schon im früheren Abschnitt 3.3 zur Zahlungsbereitschaft angesprochen wurde.

6. EINSTELLUNGEN UND VERHALTEN IM BEREICH "ENERGIESPAREN/WASSERVERBRAUCH IM HAUSHALT"

Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen der Energieverbrauch und das Energiesparen im Haushalt. Ergänzend wird auch der Wasserverbrauch thematisiert. Im ersten Schritt werden Einstellungen zum Thema "Energiesparen im Haushalt" untersucht. Im zweiten Schritt wird auf das Verhalten und auf Rahmenbedingungen in verschiedenen energieintensiven Bereichen des Haushalts übergegangen.

6.1 Einstellungen zum Thema "Energiesparen im Haushalt"

Mit der Unterscheidung von drei Komponenten (affektiv, kognitiv, konativ) wurden auch die Einstellungen im Energiebereich über sechs Aussagen zu erfassen versucht. Die Ergebnisse finden sich in Tabelle 21.

Auf der emotionalen Ebene ruft der Bereich des Energiesparens schwächere Reaktionen hervor als das Müllproblem und der später noch zu behandelnde Verkehrsbereich. Insgesamt geben in der aktuellen Erhebung 40% an, daß sie sich darüber ärgern, daß viele Leute Energie verschwenden, indem sie ihre Wohnungen überheizen. Die Einsicht in die Notwendigkeit des Energiesparens ist weit verbreitet. Der Aufforderung, zwecks Energieeinsparung sollte sich jeder einzelne bemühen, möglichst wenig warmes Wasser zu verbrauchen, stimmen 69% aller Befragten zu. Anders als in den Bereichen "Einkaufen und Konsum" und "Müll und Recycling" fallen beim Übergang von der affektiv-kognitiven Ebene auf die Ebene der Handlungsbereitschaft die Zustimmungquoten nicht ab, sondern erhöhen sich sogar eher. Dies läßt sich wohl darauf zurückführen, daß im Energiebereich Ökologie und

Ökonomie vielfach Hand in Hand gehen, und aus dieser Perspektive dürfte das Feld des Energiesparens für den Umweltschutz insgesamt ein besonders erfolgversprechendes Handlungsfeld sein.

Tabelle 21: Einstellungen zum Thema "Energiesparen im Haushalt" (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
AFFEKTIVE KOMPONENTE						
Ich ärgere mich darüber, daß viele Leute Energie verschwenden, indem sie ihre Wohnungen überheizen (Zustimmung)	40	41	35	45	46	44
Es ist mir ziemlich egal, ob Leute ihre Wohnungen mit Kohle, Öl, Gas oder Solarzellen beheizen (Ablehnung)	27	27	27	30	30	31
KOGNITIVE KOMPONENTE						
Um Energie zu sparen, sollte sich jeder einzelne selbst bemühen, möglichst wenig warmes Wasser zu verbrauchen (Zustimmung)	69	68	73	72	72	71
Staatliche Auflagen über Wärmedämmung und Energie-Einsparung beim Bau eines neuen Hauses sind meiner Meinung nach überflüssige Bürokratie (Ablehnung)	58	58	58	58	57	61
KOMPONENTE DER HANDLUNGSBEREITSCHAFT						
Bei der Anschaffung neuer Haushaltgeräte bin ich bereit, vorrangig auf einen niedrigen Energieverbrauch zu achten (Zustimmung)	79	77	87	78	76	87
Ich bin dazu entschlossen, in Zukunft den Energieverbrauch in meinem Haushalt (noch weiter) zu senken (Zustimmung)	52	49	64	57	53	70

Frage: Zum Thema "Energiesparen": Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu? (fünfstufige Antwortskala; bei Zustimmung sind die Antworten "stimme voll und ganz zu" und "stimme weitgehend zu" zusammengefaßt; bei Ablehnung die Antworten "stimme überhaupt nicht zu" und "stimme eher nicht zu"; höhere Prozentwerte signalisieren damit jeweils eine stärkere Sensibilisierung im Energiebereich).

Das Zusammenspiel von Ökologie und Ökonomie ist vermutlich auch dafür verantwortlich, daß - bedingt durch einen Vorsprung auf der Komponente der Handlungsbereitschaft - die Sensibilisierung im Energiebereich in Ostdeutschland insgesamt höher liegt als in Westdeutschland. Während in Abhängigkeit von Geschlecht und Alter keine Unterschiede bestehen, erweisen sich Personen mit höherer Schulbildung und Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen als überdurchschnittlich energiebewußt. Anders als in den anderen Bereichen zeigt der Vergleich der Prozentwerte für die beiden Erhebungen 1996 und 1998 keine wesentlichen Änderungen der Einstellungen im Bereich des Energiesparens in der zweijährigen Beobachtungsspanne.

6.2 Ausgewählte Verhaltensaspekte und Rahmenbedingungen im Bereich "Energiesparen/Wasserverbrauch im Haushalt"

Da die Heizkosten den Hauptanteil an den Energiekosten von Privathaushalten ausmachen, werden zuerst Rahmenbedingungen und Verhaltensweisen beim Beheizen von Wohnungen betrachtet. Zusätzlich enthielt die Erhebung einige Fragen zur Verwendung von Energiesparlampen, zum Wasserverbrauch u.ä., deren Ergebnisse im zweiten Schritt dargestellt werden.

6.2.1 Heizungssysteme und Aspekte des Heizverhaltens

Bei der Art, wie die Haushalte im Winter ihre Wohnungen hauptsächlich beheizen, lassen sich gemäß Tabelle 22 noch immer signifikante West-Ost-Unterschiede beobachten. Die beiden dominierenden "Heizformen" im Westen sind die Gas- und Ölheizung mit jeweils 42%. An erster Stelle im Osten steht mit 36% die Gasheizung, es folgt mit 24% die Fernwärme⁴, und die Kohle-/Holzheizung erreicht 16%. Immerhin ist gegenüber der Erhebung 1996, in der noch 25% der Befragten in Ostdeutschland die Kohle-/Holzheizung angegeben haben, der Anteil dieser Heizform um 9 Prozentpunkte gesunken. Der Anteil der Gasheizungen ist nach Auskunft der Befragten gegenüber 1996 in Ostdeutschland um 11 Prozentpunkte und in Gesamtdeutschland um 6 Prozentpunkte gestiegen. 83% im Westen und 80% im

⁴ Ob die Fernwärme auf Gas, Öl, Kohle oder auf einem Mischsystem basiert, wurde - da es die Befragten oft nicht wissen - nicht zu erfragen versucht.

Osten geben die Antwort, daß die Heizkosten für ihren Haushalt genau nach dem Verbrauch berechnet werden. Nur 4% der Befragten im Westen und 4% im Osten geben an, daß die Heizkosten pauschal, also in Form einer festen Summe berechnet werden. Daß dieser Anteil im Osten nicht mehr höher liegt als im Westen, hatte sich bereits in der Erhebung 1996 ergeben, wo die Anteile mit einer pauschalen Abrechnung allerdings noch bei 8% im Westen und 9% im Osten lagen.

Tabelle 22: Art der Heizung und Modus der Heizkostenabrechnung (Angaben in Prozent)

BEFRAGTE	GESAMT	WEST	OST
Art der Heizung			
Gaszentral-/Gasetagenheizung	41	42	36
Ölzentralheizung, Ölofen	38	42	21
Fernwärme	11	7	24
Kohle-/Holzofen, Kohlezentralheizung	5	3	16
Nachtstromspeicherheizung	4	5	2
Sonstiges	1	1	1
Modus der Heizkostenabrechnung			
Genau nach Verbrauch	82	83	80
Teilweise nach Verbrauch/Umlageverfahren	10	9	13
Feste/pauschale Abrechnung	4	4	4
Weiß nicht, sonstiges	4	4	3

Fragen: (1) Wie beheizen Sie im Winter Ihre Wohnung? Welche Heizform nutzen Sie hauptsächlich? (2) Wie berechnen sich für Ihren Haushalt die Heizkosten? Geht das genau nach dem Verbrauch, teilweise nach dem Verbrauch/Umlageverfahren oder ist das eine feste/pauschale Abrechnung?

Auf der Verhaltensebene wurden in den Erhebungen 1996 und 1998 drei Aspekte abgefragt: erstens die Art und Weise, wie die Befragten im Winter ihre Wohnung lüften, zweitens das Ab- bzw. Herunterdrehen der Heizung bei längerer Abwesenheit und drittens die Regelung der Raumtemperatur über Nacht. Die Ergebnisse zu diesen drei Fragen sind in Tabelle 23 ausgewiesen.

Die heizkostenintensiven Formen des Lüftens, nämlich Fenster mehrere Stunden zu kippen bzw. ganz zu öffnen, praktizieren nur 8% bzw. 5% der Befragten. Bei den zwei Fragen zum Abdrehen der Heizung beschränken sich die Aufgliederungen in Tabelle 23 auf diejenigen, die ihre Wohnung nicht hauptsächlich mit Kohleöfen beheizen. Die Frage, ob sie normalerweise ihre Heizung ab- oder herunterdrehen, wenn sie im Winter ihre Wohnung für mehr als

vier Stunden verlassen, wird von insgesamt 25% der Befragten verneint. Der entsprechende Prozentwert bei der Frage, ob sie im Winter ihre Heizung nachts herunterdrehen, liegt bei 10%. Aus den Antworten auf die beiden Fragen zum Abdrehen der Heizung läßt sich die Schlußfolgerung ziehen, daß die Heizungen in Ostdeutschland nur noch einen geringen "Modernisierungsrückstand" haben und im Westen und Osten im Vergleich zu 1996 offenbar auch auf einem moderneren Stand sind (Anstieg der Zahl der Haushalte, die angeben, daß bei ihnen das Heizungssystem automatisch geregelt wird).

Tabelle 23: Aspekte des "Heizverhaltens" (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Form des täglichen Lüftens der Wohnung im Winter (alle Befragte)						
mehrmals wenige Minuten	33	33	32	36	35	38
eine Viertelstunde durchlüften	53	52	56	48	48	51
mehrere Stunden Fenster kippen	8	8	7	9	10	7
mehrere Stunden Fenster öffnen	5	5	4	5	5	3
sonstiges	1	2	1	2	2	1
Abdrehen bzw. Herunterdrehen der Heizung bei längerer Abwesenheit (ohne Befragte mit Kohleofen)						
ja, drehe ab/herunter	50	49	55	53	52	57
nein, drehe nicht ab/herunter	25	26	19	30	32	22
Heizungssystem läuft automatisch	23	23	22	13	13	15
Abdrehen ist technisch nicht möglich	2	2	4	4	3	6
Abdrehen bzw. Herunterdrehen der Heizung über Nacht (ohne Befragte mit Kohleofen)						
ja, drehe ab/herunter	52	51	54	54	53	61
nein, drehe nicht ab/herunter	10	10	11	10	10	9
Heizung automatisch heruntergestellt	36	38	30	33	35	24
Abdrehen ist technisch nicht möglich	2	1	5	3	2	6

Fragen: (1) Wenn Sie im Winter Ihre Wohnung lüften, wie machen Sie das in der Regel? Welche der folgenden Antworten trifft auf Sie zu? (2) Wenn Sie im Winter Ihre Wohnung für mehr als vier Stunden verlassen, drehen Sie da normalerweise die Heizung ab oder herunter? Was vom folgenden trifft auf Sie zu? (3) Drehen Sie im Winter Ihre Heizung nachts herunter? Was vom folgenden trifft auf Sie zu?

Bei allen drei Verhaltensaspekten deutet sich zwar an, daß die Befragten in Ostdeutschland etwas überlegter mit Heizenergie umgehen als die Befragten in Westdeutschland. Die Unterschiede sind jedoch gering, so daß man am besten an der Nullhypothese keines Unter-

schiedes festhalten sollte. Abgesehen von den technischen Verbesserungen sind im Zeitvergleich von 1996 und 1998 die Veränderungen marginal.

Speziell für das Verhaltensmaß der Absenkung der Raumtemperatur über Nacht wurde noch geprüft, ob es Unterschiede in Abhängigkeit von bestimmten Merkmalen gibt: Beschränkt man sich dabei auf diejenigen, deren Heizung die Raumtemperatur über Nacht nicht automatisch reduziert und bei denen ein Abdrehen der Heizung technisch möglich ist, bringt der Modus der Heizkostenabrechnung einen signifikanten Effekt auf das Absenken der Raumtemperatur. Von den Befragten, bei denen die Heizkosten genau oder teilweise nach dem Verbrauch berechnet werden, senken 85% die Raumtemperatur ab, bei einer pauschalen Abrechnung 74%. Gegenüber diesem "strukturellen Effekt" bleiben die Unterschiede in Abhängigkeit von individuellen Merkmalen vergleichsweise gering. Weder im Osten, noch im Westen gibt es nennenswerte Unterschiede nach dem Geschlecht und dem Alter der Befragten. Die Befragten mit höherer Schulbildung und die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen drehen über Nacht die Heizung häufiger ab.

6.2.2 Weitere Aspekte energie- und wassersparenden Verhaltens

Die Ergebnisse für fünf weitere Fragen, die sich dem Bereich des Energiesparens und jetzt auch dem Bereich des Wassersparens zuordnen lassen, sind in Tabelle 24 zusammengestellt. Insgesamt 60% der Befragten geben an, daß sie in ihrem Haushalt ausschließlich oder zumindest teilweise Energiesparlampen verwenden. 61% folgen der Gewohnheit, das Licht zu löschen, wenn sie ein Zimmer für kurze Zeit verlassen, und 49% schalten nach eigenen Angaben bei ihrem Fernsehgerät regelmäßig über Nacht den Bereitschafts-Modus ab.⁵ Zur Senkung ihres Wasserverbrauchs haben 61% der Haushalte Wasserspareinrichtungen installiert, und auch beim Duschen bemühen sich angeblich 47% um einen sparsamen Umgang

⁵ Was die beiden Verhaltensroutinen "Lichtabschalten beim Verlassen eines Zimmers" und "Abschalten des Bereitschaftsmodus beim Fernsehgerät" anbelangt, ist es zwar sicher richtig, daß diese (im Vergleich zu Positionen wie etwa Warmwasser oder Kochen) den Stromverbrauch eines Haushalts nicht entscheidend beeinflussen. Dennoch läßt sich argumentieren, daß es sich auf der individuellen Verhaltensebene um Stellvertreter- bzw. Symptomvariablen für das Energiesparen handelt. Hinzu kommt, daß die Effekte beträchtlich sind, wenn man sie auf die kollektive Ebene hochrechnet.

mit Wasser. Überblickt man die Befunde in Tabelle 24, läßt sich die summarische Feststellung treffen, daß es zumeist leichte Verbesserungen im Sinne eines umweltverträglicheren Verhaltensstils gegeben hat. Gleichwohl kann beim Energie- und Wasserverbrauch wohl noch immer von einem beträchtlichen Einsparpotential ausgegangen werden.

Tabelle 24: Ausgewählte Aspekte des Energie- und Wassersparverhaltens (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Verwendung von Energiesparlampen im Haushalt						
ja, ausschließlich	9	10	9	9	9	11
teils/teils	51	51	49	46	45	48
nein	40	39	42	45	46	41
Abschalten des Lichts beim Verlassen eines Zimmers						
immer, oft	61	59	73	58	55	72
manchmal	21	22	15	22	23	16
selten, nie	18	19	12	20	22	12
Bereitschafts-Modus beim Fernsehgerät läuft über Nacht						
nein	49	48	53	47	46	47
teils/teils	14	15	13	16	17	13
ja	35	35	30	33	33	34
sonstiges (kein Fernsehgerät)	2	2	4	4	4	6
Nutzung von Wasserspar-Einrichtungen im Haushalt						
ja	61	58	74	53	50	64
nein	39	42	26	47	50	36
Abdrehen des Wassers beim Duschen während des Einseifens/Shampooierens der Haare						
ja	47	45	56	41	40	45
teils/teils	18	18	19	19	20	19
nein	30	34	16	35	37	24
sonstiges (keine Dusche)	5	3	9	5	3	12

Fragen: (1) Verwenden Sie in Ihrem Haushalt Energiesparlampen? (2) Wie häufig schalten Sie das Licht aus, wenn Sie ein Zimmer für kurze Zeit, z.B. für eine Viertelstunde, verlassen? (3) Um beim Fernsehen die Fernbedienung verwenden zu können, muß man das Gerät auf den sogenannten Bereitschaftsmodus schalten, so daß ein kleines Lämpchen am Gerät leuchtet. Lassen Sie den Bereitschaftsmodus in der Regel auch über Nacht eingeschaltet? (4) Haben Sie in Ihrem Haushalt Wasserspar-Einrichtungen, z.B. eine Wasserspartaste an Ihrer Toilette? (5) Drehen Sie beim Duschen während des Einseifens oder während des Shampooierens der Haare das Wasser ab?

Mit Blick auf den Ost-West-Unterschied erscheint in Verbindung mit den Ergebnissen der früheren Tabelle 23 die Schlußfolgerung legitim, daß sich die ostdeutsche Bevölkerung insgesamt stärker um Einsparungen von Energie und Wasser bemüht ist. Die schon angesprochene Kongruenz von Ökonomie und Ökologie, wie sie für den Energiebereich typisch ist, dürfte diesen Gesamtbefund am besten erklären. Finanzielle Restriktionen, wie sie für Haushalte in Ostdeutschland im Durchschnitt wohl häufiger sind als für Haushalte in Westdeutschland, stimulieren Bemühungen, Energie und Wasser einzusparen.

Eine ergänzende Aufgliederung der Fragen von Tabelle 24 nach den Merkmalen Geschlecht, Alter und Schulbildung zeigt folgendes: Die Unterschiede nach dem Geschlecht der Befragten sind zumeist gering. Die überdurchschnittlich umweltbewußten jüngeren Befragten im Alter von 18-30 Jahren verwenden nicht häufiger, sondern eher seltener in ihrem Haushalt Energiesparlampen; nicht häufiger, sondern eher seltener schalten sie über Nacht den Bereitschaftsmodus des Fernsehgeräts ab; nicht häufiger, sondern eher seltener haben sie es sich zur Routine gemacht, beim Verlassen eines Zimmers das Licht auszuschalten; und nicht häufiger, sondern seltener achten sie beim Duschen auf einen geringen Warmwasserverbrauch. In Abhängigkeit von der Schulbildung ist bemerkenswert, daß die Befragten mit höherer Schulbildung in ihrem alltäglichen Gewohnheitsverhalten (Licht und Bereitschaftsmodus abschalten) sich nicht positiv von den Befragten mit geringerer Schulbildung abheben. In Haushalten, in denen die befragte Person eine hohe Schulbildung hat, werden jedoch überdurchschnittlich häufig Energiesparlampen und Wasserspareinrichtungen verwendet.

7. EINSTELLUNGEN UND VERHALTEN IM BEREICH "AUTO/VERKEHR"

Mit besonderer Betonung des sog. Freizeitverkehrs wurden in der Erhebung 1998 Einstellungen und Verhaltensweisen im Bereich "Auto und Verkehr" ausführlicher als in den anderen Bereichen erfaßt.

7.1 Einstellungen zum Thema "Auto/Verkehr"

Die Einstellungen zum Thema "Auto/Verkehr" wurden nach demselben Muster wie in den anderen Bereichen erhoben. Den Befragten wurden acht Aussagen präsentiert, denen sie auf

einer fünfstufigen Skala mehr oder weniger zustimmen konnten. Die Ergebnisse dazu sind in Tabelle 25 festgehalten.

Der emotional formulierten Aussage "Es ist ungerecht und einseitig, wie der Staat versucht, immer nur den Autofahrern das Geld aus der Tasche zu ziehen" stimmen insgesamt 68% der Befragten zu, 10% stimmen nicht zu und 22% antworten mit teils/teils. Der starke Rückhalt, den das Auto in der Bevölkerung hat, zeigt sich auch deutlich bei den Aussagen auf der kognitiven Ebene. Die Auffassung, die Umweltschützer kritisieren viel zu einseitig immer nur die Autofahrer, wird lediglich von 13% abgelehnt, im Gegenzug stimmen 62% zu und 25% reagieren mit teils/teils. Mithin besteht der Eindruck vom "Auto als Buhmann der Umweltschützer" und von den "Autofahrern als Zahlmeister der Nation" bei rund zwei Dritteln der Bevölkerung. Lediglich 40% gestehen ein, daß in Deutschland das Auto auf jeden Fall zu den wichtigsten Umweltsündern gehört. Die Bereitschaft zu Verhaltensanpassungen scheint beim Autofahren begrenzt. 26% der Befragten geben an, aus Umweltschutzgründen so wenig wie möglich mit dem Auto unterwegs zu sein, und 44% äußern Aufgeschlossenheit gegenüber Auto-Fahrgemeinschaften. Dabei ist zu bedenken, daß in diesen Prozentwerten auch die Nichtautofahrer enthalten sind, die an dieser Stelle dazu neigen, Zustimmung zu bekunden.

Bei den fünf Aussagen, für die gemäß Tabelle 25 Vergleichswerte aus der Erhebung 1996 vorliegen, deutet sich ein Rückgang der Sensibilisierung gegenüber den Problemen des Autoverkehrs an. Mit 13 Prozentpunkten am stärksten ist dieser Rückgang bei der Aussage "Aus Umweltschutzgründen versuche ich, so wenig wie möglich mit dem Auto unterwegs zu sein, egal ob als Fahrer/in oder als Mitfahrer/in". Auf allen drei Einstellungsebenen zeigt sich, daß die Westdeutschen die Probleme des Autoverkehrs kritischer reflektieren als die Ostdeutschen. Ein Summenindex, der die acht Aussagen zusammenfaßt, liefert einen West-Ost-Unterschied, der statistisch signifikant ist. Wie schon in den anderen Bereichen sind es auch beim Thema Auto und Verkehr in Westdeutschland die Frauen, die jüngeren Befragten, die Personen mit höherer Schulbildung und die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen, die überdurchschnittlich problembewußt sind. In Ostdeutschland sind die Abhängigkeitsmuster schwächer ausgeprägt. Auch dort erreichen die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen signifikant höhere Werte als die Wähler/innen der anderen Parteien; in Abhängigkeit

Tabelle 25: Einstellungen zum Thema "Auto/Verkehr" (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
AFFEKTIVE KOMPONENTE						
Es ärgert mich, daß viele Leute, die Busse, Bahnen oder das Fahrrad verwenden könnten, aus Gewohnheit lieber mit dem Auto fahren (Zustimmung)	39	40	34	46	48	43
Es ist ungerecht und einseitig, wie der Staat versucht, immer nur den Autofahrern das Geld aus der Tasche zu ziehen (Ablehnung)	10	10	9			
KOGNITIVE KOMPONENTE						
In Deutschland gehört das Auto auf jeden Fall zu den wichtigsten Umweltsündern (Zustimmung)	40	39	42	47	47	45
Wenn ich auf das Autofahren (Mitfahren) verzichte, bin ich eigentlich der Dumme, weil ich ja trotzdem von den Verkehrsbelastungen betroffen bin (Ablehnung)	21	23	14			
Ob ich Auto (mit-)fahre oder nicht, letztlich ändert sich dadurch wenig an den Verkehrsproblemen (Ablehnung)	21	23	13			
Die Umweltschützer kritisieren viel zu einseitig immer nur die Autofahrer (Ablehnung)	13	14	11	19	20	13
KOMPONENTE DER HANDLUNGSBEREITSCHAFT						
Wenn das Auto unvermeidbar ist und wenn es sich irgendwie regeln läßt, dann bin ich immer gerne bereit, mich einer Fahrgemeinschaft anzuschließen (Zustimmung)	44	45	39	49	51	43
Aus Umweltschutzgründen versuche ich, so wenig wie möglich mit dem Auto unterwegs zu sein, egal ob als Fahrer/in oder als Mitfahrer/in (Zustimmung)	26	26	24	39	41	31

Frage: Zum Thema "Verkehr und Auto": Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu? (fünfstufige Antwortskala; bei Zustimmung sind die Antworten "stimme voll und ganz zu" und "stimme weitgehend zu" zusammengefaßt; bei Ablehnung die Antworten "stimme überhaupt nicht zu" und "stimme eher nicht zu"; höhere Prozentwerte signalisieren damit jeweils stärker umweltorientierte Einstellungen im Verkehrsbereich).

von den drei Merkmalen Geschlecht, Alter und Schulbildung der Befragten bestehen keine signifikanten Differenzen.

7.2 Ausgewählte Verhaltensaspekte und Rahmenbedingungen im Bereich "Auto/Verkehr"

Zur Ermittlung des Verkehrs- und Mobilitätsverhalten wurde in erster Linie die Nutzung des Autos abgefragt. Basierend auf der Ausstattung der Haushalte mit Autos wird im ersten Schritt die allgemeine Häufigkeit der Nutzung des Autos in der Bevölkerung betrachtet, wobei ergänzend auch ein Blick auf die Nutzungshäufigkeit der Bundesbahn geworfen wird. Im zweiten Schritt wird es um den Einsatz des Autos für verschiedene Zwecke gehen - zunächst für Freizeit, Urlaub und Einkaufen und dann für den Weg zum Arbeitsplatz.

7.2.1 Autoausstattung der Haushalte und allgemeine Nutzungshäufigkeit des Autos

Einleitend zum Thema Auto und Verkehr wurde erhoben, ob und gegebenenfalls wie viele Autos die Befragten in ihrem Haushalt haben. Die Autoausstattung folgt der Verteilung: 19% der Haushalte haben kein Auto, 58% haben ein Auto und 23% zwei oder mehr Autos. Gegenüber der Erhebung 1996, in der die entsprechenden Prozentwerte bei 18%, 58% und 24% lagen, läßt sich damit praktisch keine Veränderung im "Autobestand" konstatieren. Während im Westen 18% der Haushalte kein Auto haben, sind es im Osten 25%, so daß also bei der Autoausstattung nach wie vor ein gewisses West-Ost-Gefälle besteht. Das Vorhandensein eines oder mehrerer Autos im Haushalt bedeutet noch nicht, daß die befragte Person auch "Autobesitzer" ist, d.h. regelmäßig frei über ein Auto verfügen kann. Um den Autobesitz zu erfassen, wurden die Personen, die ein oder mehrere Autos im Haushalt haben, zusätzlich gefragt, inwieweit sie dieses oder diese Autos persönlich benutzen. Dabei ergibt sich, daß 52% der Befragten "ein Auto haben" bzw. "Autobesitzer sind" in dem Sinne, daß sie regelmäßig frei über ein Auto verfügen können.

Wenig überraschend ist, daß Frauen seltener ein Auto zur Verfügung haben als Männer. 69% der Männer, aber nur 37% der Frauen sind in diesem Sinne Autobesitzer. Altersmäßig verfügen Personen zwischen 31 und 60 Jahren überdurchschnittlich häufig über ein Auto.

Mit zunehmender Schulbildung der Befragten nimmt die Quote der Autobesitzer deutlich zu, wobei hier der Unterschied im Osten stärker ausgeprägt ist als im Westen. Die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen haben nicht signifikant seltener ein Auto als die Wähler/innen der anderen Parteien.

Um einen Einblick in die allgemeine Häufigkeit der Autonutzung zu gewinnen, wurde von den Befragten erhoben, an wie vielen Tagen der Woche sie im Durchschnitt ein Auto benutzen und wie viele Kilometer sie im letzten Jahr mit dem Auto zurückgelegt haben. Beide Fragen richteten sich an Personen mit und ohne Auto, und bei beiden Fragen sollte auch das Mitfahren in einem Auto berücksichtigt werden.

Tabelle 26: Allgemeine Nutzungshäufigkeit von Auto und Bundesbahn (Durchschnittswerte und Prozentangaben)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
NUTZUNG DES AUTOS						
Zahl der Tage pro Woche mit Autonutzung (Durchschnitt)	3.5	3.5	3.1	3.4	3.4	3.1
Auto-Kilometer im letzten Jahr in Tausend (Durchschnitt)	11.0	11.2	10.1	11.3	11.5	10.5
NUTZUNG DER BUNDESBAHN						
Zahl der Tage mit Bahnnutzung im letzten Jahr (Durchschnitt)	7.3	8.0	4.5			
Häufigkeit der Bahnnutzung im letzten Jahr (Prozent)						
häufig, sehr häufig	8	8	5			
gelegentlich, selten	35	36	29			
nie	57	56	66			

Fragen: (1) An wie vielen Tagen der Woche, Wochenende eingeschlossen, benutzen Sie im Durchschnitt ein Auto? Bitte berücksichtigen Sie bei Ihrer Angabe auch das Mitfahren. (2) Wie viele Kilometer haben Sie im letzten Jahr, also 1997, ungefähr mit dem Auto zurückgelegt? Bitte berücksichtigen Sie bei Ihrer Schätzung auch Strecken, wo Sie lediglich in einem Auto mitgefahren sind. (3) An wie vielen Tagen haben Sie in etwa im letzten Jahr die Bundesbahn benutzt? (4) Wie häufig haben Sie im letzten Jahr die Bundesbahn genutzt: sehr häufig, häufig, gelegentlich, selten oder überhaupt nicht?

Die Ergebnisse in Tabelle 26 bringen Durchschnittswerte von 3.5 bei der Zahl der Tage pro Woche mit einer Autonutzung und 11.000 km bei der Zahl der im letzten Jahr mit dem Auto

zurückgelegten Kilometer. Beide Durchschnittswerte haben sich gegenüber der Erhebung 1996 nicht nennenswert verändert. 30% der Befragten nutzen das Auto an mehr als fünf Tagen pro Woche, und 21% haben im letzten Jahr mehr als 15.000 km mit dem Auto zurückgelegt. Beschränkt man die Analyse auf die Autobesitzer, ergeben sich folgende Werte: 5.2 bei der Zahl der Tage pro Woche mit einer Autonutzung, 15.200 km bei der Zahl der Autokilometer im letzten Jahr, 54% beim Anteil derer, die das Auto an mehr als fünf Tagen pro Woche nutzen, und 32% beim Anteil derer mit mehr als 15.000 km im letzten Jahr.

Gegenüber der Autonutzung fällt die Nutzungshäufigkeit der Bundesbahn drastisch ab. Rechnet man die Zahl der Tage mit einer Autonutzung auf das Jahr hoch, steht einem Autowert in Höhe von 182 Tagen ein Bahnwert in Höhe von 7 Tagen gegenüber. 56% der Westdeutschen und 66% der Ostdeutschen geben die Auskunft, daß sie im letzten Jahr die Bundesbahn überhaupt nicht genutzt haben.⁶

In der Aufgliederung der Nutzungshäufigkeit von Auto und Bundesbahn nach soziodemographischen Merkmalen zeigt sich, daß Frauen weniger oft als Männer mit dem Auto unterwegs sind, während bei der Häufigkeit der Bahnnutzung kaum Unterschiede bestehen. Personen über 60 sind sowohl unterdurchschnittliche Autonutzer, als auch unterdurchschnittliche Bahnnutzer. Mit zunehmender Schulbildung und auch mit zunehmendem Einkommen der Befragten steigt die Nutzungshäufigkeit von Auto und Bahn gleichzeitig. Die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen fahren zwar überdurchschnittlich oft mit der Bahn, gleichzeitig sind sie aber mit dem Auto genauso oft unterwegs wie die Wähler/innen der anderen Parteien. Die bei bestimmten Bevölkerungsgruppen gleichlaufende Tendenz von Auto- und Bahnnutzung belegt, daß zwischen Auto und Bahn nicht notwendig Kompensationsbeziehungen bestehen.

⁶ Als Hintergrundinformation zur Bahnnutzung wurde auch erfaßt, ob die Befragten eine BahnCard haben. In der Erhebung 1998 sagen 5%, daß sie im Besitz einer gültigen BahnCard sind. Dieser Wert stimmt gut mit den von der Deutschen Bahn AG berichteten Verkaufszahlen der BahnCard überein.

öffentlichen Verkehrsmitteln findet nur bei 2% Anklang. Die Verkehrsmittel des sog. Umweltverbunds (öffentliche Verkehrsmittel, Fahrrad, zu Fuß) werden von insgesamt 33% gewählt. Auch in der Erhebung 1998 fahren die Westdeutschen häufiger als die Ostdeutschen mit dem Auto zur Arbeit. Gegenüber 1996 ist zum einen die Quote der Autofahrgemeinschaften etwas gesunken, zum anderen hat sich der Fahrradanteil leicht erhöht.

Wenn wir bei der Verkehrsmittelwahl zum Arbeitsplatz den Trend seit Anfang der 90er Jahre rekonstruieren wollen, müssen wir das Spektrum der Möglichkeiten etwas vereinfachen und uns gleichzeitig auf die Voll- bzw. Teilzeiterwerbstätigen beschränken, da die Erhebungen 1991-1994 die Frage nach dem Arbeitsweg nur an diese Teilgruppe richteten. Trotz gewisser Schwierigkeiten der Vergleichbarkeit, die aus leichten Modifikationen der Frageformulierung resultieren, läßt sich der Zeittrend, wie in Tabelle 29 dargestellt, ziemlich verläßlich beschreiben.

Tabelle 29: Verkehrsmittel für den Weg zum Arbeitsplatz bei Erwerbstätigen 1991 bis 1998 (Angaben in Prozent)

Jahr	91	92	93	94	96	98
BEFRAGTE GESAMT						
Allein mit Auto	50	48	51	57	61	63
Mit Auto in Fahrgemeinschaft	16	18	15	12	13	9
Nicht mit Auto	34	34	34	31	26	28
BEFRAGTE WEST						
Allein mit Auto	53	50	52	58	62	65
Mit Auto in Fahrgemeinschaft	17	18	16	12	14	9
Nicht mit Auto	30	33	32	30	24	26
BEFRAGTE OST						
Allein mit Auto	35	45	48	51	58	52
Mit Auto in Fahrgemeinschaft	12	15	11	12	9	10
Nicht mit Auto	53	40	41	37	33	38

Insgesamt hat sich der Anteil derer, die allein mit dem Auto zur Arbeit fahren, von 1991 bis 1998 um 13 Prozentpunkte erhöht. Diese Erhöhung ging sowohl zu Lasten der Auto-Fahrgemeinschaften als auch zu Lasten der Nicht-Autofahrer. Im Westen gab es von 1991 bis 1993 nur geringe Veränderungen, im Zeitraum von 1993 bis 1998 ist jedoch der Anteil der Allein-Autofahrer deutlich gestiegen. Im Osten ist bis 1996 ein kontinuierlicher Aufwärts-

trend der Allein-Autofahrer zu verzeichnen, überraschenderweise ist aber im Übergang von 1996 zu 1998 die Autoquote gesunken. Dies bedeutet, daß der weitere Anstieg der Autoquote beim Übergang von 1996 zu 1998 ausschließlich auf das Konto der Westdeutschen geht.

Inwieweit nun gibt es Chancen, Allein-Autofahrer möglicherweise auf andere Verkehrsmittel umzulenken? Indirekte Hinweise auf dieses "Umlenkungspotential" können die Antworten der Allein-Autofahrer auf die drei Fragen in Tabelle 30 geben.

Tabelle 30: Rahmen- und Handlungsbedingungen der Personen, die allein mit dem Auto zu ihrem Arbeitsplatz fahren (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Auto wird auch für Fahrten bei der Arbeit gebraucht						
ja	24	23	30	25	24	29
teils/teils	11	10	15	14	14	17
nein	65	67	55	61	62	54
Möglichkeit der Verwendung öffentlicher Verkehrsmittel						
ganz und gar unmöglich	38	37	44	42	41	46
unter größten Schwierigkeiten	27	29	20	25	25	29
möglich mit Einschränkungen	19	18	18	16	17	13
wäre möglich	16	16	18	17	17	12
Autonutzung auch bei Verdoppelung der Benzinpreise						
ja	56	55	64	59	56	71
nein	16	17	13	18	20	8
weiß nicht	28	28	23	23	24	21

Fragen: (1) Brauchen Sie Ihr Fahrzeug auch für Fahrten während der Arbeitszeit, also für berufsbedingte Fahrten (für ausbildungsbedingte Fahrten)? (2) Für den Weg zu Ihrer Arbeit (zu Ihrer Ausbildungsstätte), inwieweit wäre es da für Sie möglich, ausschließlich öffentliche Verkehrsmittel zu verwenden? Was vom folgenden trifft am ehesten zu? (3) Wenn sich der Benzinpreis verdoppeln würde, würden Sie dann auch weiterhin das Auto für den Weg zu Ihrem Arbeitsplatz (zu Ihrer Ausbildungsstätte) benutzen?

35% der Allein-Autofahrer geben an, ihr Auto zumindest teilweise auch für Fahrten während der Arbeitszeit zu nutzen. Vertraut man den Einschätzungen der Befragten, ist es für 38% "ganz und gar unmöglich" und für weitere 27% nur "mit größten Schwierigkeiten möglich", auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Ein aus der Sicht der Autofahrer relativ starker "Zwang zum Auto" spiegelt sich auch in den Reaktionen auf die Frage nach einer hypotheti-

schen Verdoppelung der Benzinpreise wider. 56% geben die Auskunft, daß sie auch bei einer Verdoppelung der Benzinpreise ihren Arbeitsweg weiterhin mit dem Auto zurücklegen würden. Konsistent zeigt sich, daß der berufsbedingte Zwang zur Autonutzung von den Ostdeutschen höher eingeschätzt wird als von den Westdeutschen.

Vergleicht man die Häufigkeit der Autonutzung beim Arbeitsweg mit den entsprechenden Häufigkeiten bei den Freizeitwegen und berücksichtigt zudem die Restriktionen, die im Zusammenhang mit der Arbeit oftmals eine Autonutzung mehr oder weniger erzwingen, erscheint insgesamt die Schlußfolgerung gerechtfertigt, daß man sich - mit Blick auf das Umlenkpotehtial - in der Verkehrspolitik wohl stärker auf die Freizeitwege konzentrieren sollte. Eine solche Konzentration empfiehlt sich nicht zuletzt aufgrund des längerfristigen Trends, daß beim Personenverkehr der Hauptzuwachs auf das Konto von Freizeitwegen geht.

7.3 Beurteilung verschiedener umweltpolitischer Vorschläge im Bereich "Auto/Verkehr"

Was mögliche politische Maßnahmen im Verkehrsbereich betrifft, wurde zwecks Vergleichbarkeit erneut auf Fragen aus den früheren Umfragen zurückgegriffen. Im Überblick ergeben sich dabei die Ergebnisse in Tabelle 31, in der die Zustimmungsqquoten zu insgesamt acht verschiedenen Vorschlägen ausgewiesen sind.

Aus der Tabelle läßt sich entnehmen, daß die Befürwortung einer allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen im Zeitraum von 1991 bis 1998 um 16 Prozentpunkte zurückgegangen ist, wobei für den Rückgang hauptsächlich ein Einstellungswandel in Westdeutschland verantwortlich ist. Bei der Interpretation dieses Zeittrends ist zu berücksichtigen, daß in den zurückliegenden Jahren auf zahlreichen Autobahnabschnitten Geschwindigkeitsbegrenzungen eingeführt wurden, so daß die Einstellungsänderungen möglicherweise damit zusammenhängen, daß ein generelles Tempolimit weniger oft für notwendig gehalten wird. Selbst bei denjenigen, die nach wie vor für ein Tempolimit auf Autobahnen plädieren, haben sich die Vorstellungen bezüglich der gewünschten Höhe der Begrenzung im Zeitablauf nach oben verschoben. Dies geht aus den Antworten auf die - an die Befürworter

Tabelle 31: Befürwortung verschiedener verkehrspolitischer Maßnahmen und Vorschläge (Anteile der Befragten, die die Maßnahmen befürworten)

Jahr	91	92	93	94	96	98
Allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen						
Befragte gesamt	71	71	71	63	54	55
Befragte West	70	69	68	61	50	51
Befragte Ost	72	76	78	71	67	68
Mehr Fußgängerzonen in Städten						
Befragte gesamt					83	80
Befragte West					81	77
Befragte Ost					91	93
Mehr Tempo-30-Zonen in Wohngebieten						
Befragte gesamt					81	81
Befragte West					79	79
Befragte Ost					88	89
Sperrung der Innenstadt für den Autoverkehr in Städten						
Befragte gesamt	78	76	72	71	61	53
Befragte West	77	75	71	71	60	52
Befragte Ost	84	79	76	70	66	61
Erhöhung der Parkgebühren in Städten						
Befragte gesamt					26	18
Befragte West					27	18
Befragte Ost					20	19
Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs						
Befragte gesamt	95	94	94	92	92	91
Befragte West	94	94	94	92	92	91
Befragte Ost	98	96	93	95	91	90
Ausbau des Radnetzes						
Befragte gesamt	96	95	93	93	89	89
Befragte West	95	95	93	92	88	89
Befragte Ost	98	96	95	97	93	92
Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene						
Befragte gesamt	96	95	97	96	92	93
Befragte West	95	95	97	96	91	93
Befragte Ost	96	97	98	97	95	95

Fragen: (1) Sind Sie für oder gegen eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen? (2) Sind Sie dafür oder dagegen, daß in größeren Städten mehr Fußgängerzonen eingerichtet werden, (3) daß in reinen Wohngebieten mehr Tempo-30-Zonen eingerichtet werden, (4) daß in größeren Städten die Innenstadt für den Autoverkehr gesperrt wird, (5) daß in größeren Städten die Parkgebühren erhöht werden? (6) Stimmen Sie den Vorschlägen "Der öffentliche Personenverkehr sollte ausgebaut werden", (7) "Das Radnetz sollte ausgebaut werden", (8) "Der Güterverkehr sollte stärker von der Straße auf die Schiene verlagert werden" eher zu oder eher nicht zu?

eines Tempolimits - zusätzlich gestellte Frage hervor, wie hoch die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen sein sollte. Während es im Jahr 1991 noch 88% waren, die sich für ein Tempolimit bis maximal 130 km/Std. ausgesprochen haben, ist dieser Wert im Jahr 1998 auf 70% gesunken.

In der aktuellen Diskussion bedeutsamer als ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen sind verkehrspolitische Maßnahmen zur Reduktion und Beschränkung des Autoverkehrs in größeren Städten und Wohngebieten. Mit Befürwortungsquoten von 80% und 81% finden mehr Fußgängerzonen in größeren Städten und mehr Tempo-30-Zonen in Wohngebieten eine breite Zustimmung, wobei die Zustimmung in Ostdeutschland höher liegt als in Westdeutschland. Weiterhin sprechen sich 53% dafür aus, daß in größeren Städten "die Innenstadt für den Autoverkehr gesperrt werden sollte". Seit 1991 hat sich die Zustimmung zu dieser Maßnahme um 25 Prozentpunkte verringert. Dieser Trend bekräftigt das, was sich schon beim Tempolimit angedeutet hat, nämlich daß sich im Zuge der 90er Jahre - trotz einer breiten Umweltdiskussion - das Stimmungsbild eher zugunsten des Autoverkehrs verschoben hat.

Lediglich 18% der Befragten sind dafür, daß im Innenraum von größeren Städten die Parkgebühren erhöht werden sollten (Erhebung 1996: 26%). Die finanzielle Zugeständnisbereitschaft liegt damit auf einem niedrigen Niveau, was die Ergebnisse zu der allgemeineren Frage nach einer Verteuerung des Autofahrens (in Tabelle 10, Abschnitt 3.3) nochmals unterstützt und bekräftigt.

Sehr viel Zustimmung finden schließlich die drei (weichen) Vorschläge, der öffentliche Personenverkehr sollte gefördert, das Radnetz sollte ausgebaut und der Güterverkehr sollte stärker von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Sogar noch bei diesen "Konsensfragen" deutet sich allerdings ein gewisser Rückgang in der Höhe der jeweiligen Zustimmungskquoten an. Dieser Befund fügt sich in das Gesamtbild einer starken Bindung der Bevölkerung an das Auto - einer Bindung, die im Verlauf der 90er Jahre mit Sicherheit nicht zurückgegangen ist.

8. UMWELTWISSEN UND UMWELTENGAGEMENT

Gegenstand dieses Kapitels ist im ersten Schritt das umweltbezogene Faktenwissen der Bevölkerung und im zweiten Schritt das öffentliche Engagement der Bürger/innen für Belange des Umweltschutzes.

8.1 Umweltbezogenes Faktenwissen

In den Erhebungen 1996 und 1998 wurde versucht, ausgewählte Aspekte des Umweltwissens der Bevölkerung einzufangen. Da man im Rahmen von Umfragen bei Wissensfragen schnell an Grenzen der Kooperationsbereitschaft der Befragten stößt, wurde mit einem kleinen Umwelt-Quiz gearbeitet. Um Antwortbarrieren abzubauen, wurde das Quiz mit folgenden Bemerkungen eingeleitet: "In früheren Studien wurde festgestellt, daß die Bundesbürger oft falsche Vorstellungen über die Probleme im Umweltbereich haben. Damit Sie einmal testen können, wie gut und treffsicher Ihre Vorstellungen sind, möchten wir Sie im folgenden um einige Schätzungen bitten. Nach jeder Frage sage ich Ihnen dann, wie gut Ihre Schätzung war". Für das Quiz wurden sieben Fragen ausgewählt, die sich auf Faktenwissen im Bereich des Umweltschutzes beziehen.⁸ Die Fragen und die jeweiligen Quoten richtiger Antworten sind zusammenfassend in Tabelle 32 dargestellt.

Wertet man - angesichts eines tatsächlichen Wertes von 130-135 Litern - Nennungen zwischen 101 und 199 Litern als korrekte Antwort, wird die Frage nach dem durchschnittlichen Wasserverbrauch eines Bundesbürgers pro Tag von 19% richtig beantwortet. Die Schätzungen zum Anteil des gesamten Stroms, der in Deutschland aus Kernkraftwerken kommt, ergeben - bei einem tatsächlichen Wert von rund 33% und bei der Wertung von Nennungen im Bereich von 21% bis 40% als korrekte Antwort - 35% richtige Antworten. Der Preis für eine Kilowattstunde Strom, den ein Haushalt in Deutschland bezahlen muß, bewegt sich mit regionalen Unterschieden zumeist zwischen 20 und 30 Pfennigen. Daß der Strompreis in dieser Höhe liegt, wissen insgesamt 49%, in Westdeutschland 43% und in Ostdeutschland 74%. Dieser deutliche West-Ost-Unterschied ist unter anderem wohl darauf

⁸ Komplexere Fragen über Kausalzusammenhänge im Bereich des Umweltschutzes erwiesen sich in Vortests des Fragebogens als nicht gangbar.

einer Antwortskala von 0=kein Vertrauen bis 10=volles Vertrauen geben. Die Mittelwerte der Urteile für die insgesamt zehn vorgelegten Einrichtungen/Organisationen sind in Tabelle 36 festgehalten.

Tabelle 36: Vertrauen in die "Problemlösungskompetenz" verschiedener Einrichtungen/Organisationen für Probleme im Bereich des Umweltschutzes (Mittelwerte auf einer Skala von 0=kein Vertrauen bis 10=volles Vertrauen)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Umweltorganisationen/-verbände	6.6	6.6	6.5	6.5	6.5	6.3
Umweltbürgerinitiativen	6.4	6.4	6.4	6.5	6.5	6.3
Umweltschutzbehörden	5.7	5.7	5.9	5.4	5.3	5.6
Gewerkschaften	3.8	3.8	3.9	3.8	3.8	3.9
Industrie	3.0	2.9	3.0	2.8	2.9	2.5
Bündnis 90/Die Grünen	5.3	5.3	5.5	5.4	5.4	5.4
SPD	3.9	3.9	3.8	3.9	4.0	3.7
CDU/CSU	3.3	3.3	3.1	3.5	3.6	3.3
F.D.P.	2.9	2.8	2.9	2.9	2.9	2.9
PDS	2.4	2.0	3.9	2.5	2.1	3.8

Frage: Wem trauen Sie es am ehesten zu, sinnvolle Lösungen für die Probleme im Bereich des Umweltschutzes zu erarbeiten? Im folgenden nenne ich Ihnen dazu verschiedene Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir, wieviel Vertrauen im Bereich des Umweltschutzes Sie in jede Einrichtung haben.

Betrachtet man die Tabelle zunächst unter dem Gesichtspunkt von Veränderungen im Übergang von der Erhebung 1996 zur Erhebung 1998, lassen sich keine signifikanten Verschiebungen feststellen. Was den West-Ost-Vergleich anbelangt, sind die Urteile in beiden Landesteilen sehr ähnlich. Dabei gibt es nur eine Ausnahme, nämlich die sehr viel günstigere Einschätzung der PDS seitens der ostdeutschen Bevölkerung. Bei fünf der zehn Vorgaben handelt es sich um politische Parteien, und hier folgen die Urteile der Rangfolge: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU/CSU, F.D.P. und PDS.

Die höchste Kompetenz wird aber nicht den Parteien (und speziell Bündnis 90/Die Grünen) bescheinigt, sondern den Umweltschutzorganisationen und -verbänden und den Umweltbürgerinitiativen. Auch die Umweltschutzbehörden, also staatliche Stellen im Bereich des Umweltschutzes, erreichen durchaus beachtliche Mittelwerte, und sie werden in der aktuellen Erhebung etwas besser eingeschätzt als noch in der Erhebung 1996 (hohes Vertrauen mit Skalenwerten von 8-10: 18% in der Erhebung 1996 und 25% in der Erhebung 1998). Die

Einschätzung der Gewerkschaften entspricht in etwa der der SPD. Der Industrie trauen schließlich nur sehr wenige Bürger/innen zu, sinnvolle Lösungskonzepte im Bereich des Umweltschutzes zu erarbeiten.

In der nachstehenden Tabelle 37 wird noch dargestellt, wie sich die Einschätzung der Problemlösungskompetenz der Parteien in Abhängigkeit von der Parteipräferenz der Befragten gestaltet. Hier würde man erwarten, daß die Befragten "ihrer eigenen Partei" auch jeweils die höchste Problemlösungskompetenz einräumen.

Tabelle 37: Vertrauen in die "Problemlösungskompetenz" der Parteien im Bereich des Umweltschutzes in Abhängigkeit von der Parteipräferenz der Befragten (Mittelwerte auf einer Skala von 0=kein Vertrauen bis 10=volles Vertrauen)

	PARTEIPRÄFERENZ DER BEFRAGTEN				
	CDU/CSU	SPD	GRÜN	F.D.P	PDS
Einschätzung CDU/CSU	4.8	3.1	2.2	4.2	2.2
Einschätzung SPD	4.2	4.6	3.7	3.6	3.0
Einschätzung Bündnis 90/Die Grünen	5.2	5.7	7.0	4.9	5.1
Einschätzung F.D.P.	3.6	2.9	2.3	3.8	2.0
Einschätzung PDS	2.5	2.5	2.2	2.0	5.0

Lediglich für die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen findet die angesprochene Erwartung eine Bestätigung, d.h. die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen sprechen ihrer Partei die höchste Problemlösungskompetenz zu. Während die Wähler/innen von CDU/CSU und der PDS ihrer eigenen Partei nicht sehr viel schlechtere Noten geben als den Grünen, ist das Gefälle bei den Wähler/innen von SPD und F.D.P. beträchtlich. Unabhängig von der Differenzierung nach der Parteipräferenz besteht bei allen Parteien offenbar ein Bedarf, ihrer Wählerschaft die eigenen Konzepte im Bereich der Umweltpolitik besser zu vermitteln.

9.2 Zufriedenheit mit dem Bundesumweltministerium

Aus den Erhebungen seit 1991 wurde die Frage übernommen, wie zufrieden die Zielpersonen mit den Leistungen des Bundesumweltministeriums sind. Den Befragten wurde hierzu

eine Thermometer-Skala vorgelegt, die Einstufungen von +5=sehr zufrieden bis -5=ganz unzufrieden ermöglicht. Die Durchschnittswerte der Einstufung des Bundesumweltministeriums für den Zeitraum von 1991 bis 1998 sind in Tabelle 38 festgehalten.

Tabelle 38: Zufriedenheit mit den Leistungen des Bundesumweltministeriums 1991 bis 1998 (Mittelwerte auf einer Skala von -5 bis +5)

Jahr	91	92	93	94	96	98
Befragte gesamt	-0.2	-0.3	-0.7	-0.6	-0.4	-0.2
Befragte West	-0.3	-0.4	-0.8	-0.7	-0.4	-0.2
Befragte Ost	+0.2	-0.3	-0.3	-0.5	-0.4	-0.3

Frage: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit den Leistungen des Bundesumweltministeriums in Bonn? Wir haben hier eine sogenannte Thermometer-Skala von plus 5 bis minus 5 abgebildet. Plus 5 bedeutet "sehr zufrieden"; minus 5 bedeutet "ganz unzufrieden"; der Wert 0 liegt in der Mitte. Welchen Zufriedenheitswert würden Sie dem Bonner Bundesumweltministerium geben?

Mit Ausnahme von Ostdeutschland im Jahr 1991 liegen die Durchschnittswerte im gesamten Zeitraum im Minusbereich der Skala. Diese Bewertung ist auf den ersten Blick für das Bundesumweltministerium wenig erfreulich, sie bedeutet aber nicht, daß das Bundesumweltministerium besonders schlecht beurteilt wird. Aus anderen Umfragen von GFM-GETAS läßt sich ablesen, daß zum einen fast alle Bundesministerien im Urteil der Bevölkerung auf negative Durchschnittswerte kommen und daß zum anderen das Bundesumweltministerium in der gegenwärtigen Situation etwa im Mittelfeld liegt. Weiterhin ist zu konstatieren, daß sich die Zufriedenheit mit dem Bundesumweltministerium seit 1993 leicht erhöht hat. In der Erhebung 1993 vergaben 30% positive Werte (+1 bis +5) auf der Thermometer-Skala, in der Erhebung 1998 sind es 37%.

Differenziert man die Zufriedenheitsurteile in der aktuellen Befragung nach dem Geschlecht; dem Alter, der Schulbildung und der Parteipräferenz der Befragten, ergibt sich folgendes: In Abhängigkeit vom Geschlecht der Befragten bestehen keine signifikanten Unterschiede. Die jüngeren Befragten und die Befragten mit höherer Schulbildung artikulieren eine geringere Zufriedenheit. Die Wähler/innen von Bündnis 90/Die Grünen vergeben die schlechtesten Noten. Bei den Wähler/innen von CDU/CSU erreicht das Bundesumweltministerium mit +0.8 einen leicht positiven Durchschnittswert der Zufriedenheit (Erhebung 1996: +0.4).

9.3 Umweltschutzgesetze und ihre Einhaltung

Weiter in Anknüpfung an die Erhebungen 1991-1996 wurde gefragt, ob die Befragten glauben, daß in Deutschland die bestehenden Gesetze zum Schutz der Umwelt im großen und ganzen ausreichen, und ob die Befragten der Ansicht sind, daß die Einhaltung der Gesetze streng genug überwacht wird. Die Antworten auf diese beiden Fragen für die Erhebungen seit 1991 sind in Tabelle 39 notiert.

Tabelle 39: Umweltschutzgesetze und ihre Einhaltung 1991 bis 1998 (Anteile der Befragten, die die Gesetze für ausreichend halten bzw. der Meinung sind, daß die Gesetze genug überwacht werden)

Jahr	91	92	93	94	96	98
Umweltschutzgesetze sind ausreichend						
Befragte gesamt	23	27	31	32	32	37
Befragte West	23	26	30	33	32	38
Befragte Ost	24	28	36	29	32	32
Gesetze werden genug überwacht						
Befragte gesamt	9	12	11	14	15	18
Befragte West	9	13	12	15	16	19
Befragte Ost	7	9	10	10	12	12

Fragen: (1) Glauben Sie, daß in Deutschland die bestehenden Gesetze zum Schutz der Umwelt im großen und ganzen ausreichen, oder glauben Sie das nicht? (2) Und wird die Einhaltung der Gesetze Ihrer Meinung nach streng genug überwacht, oder wird sie nicht genug überwacht?

In der diesjährigen Erhebung geben 37% die Antwort, daß sie die bestehenden Gesetze im Bereich des Umweltschutzes für ausreichend halten. 18% sind der Meinung, die Einhaltung der Gesetze werde streng genug überwacht. Sowohl bei der Einschätzung des Ausmaßes der gesetzlichen Regulierung, als auch bei der Einschätzung der Überwachung der Gesetze ist die ostdeutsche Bevölkerung etwas kritischer.

Im Zeittrend von 1991 bis 1998 haben die Einschätzungen, ob die Gesetze im Bereich des Umweltschutzes ausreichend sind und hinreichend überwacht werden, sich insgesamt kontinuierlich verbessert. Der Anteil derer, die die bestehenden Umweltschutzgesetze für ausreichend halten, ist von 1991 bis 1998 um 14 Prozentpunkte gestiegen. Bei der genügenden Überwachung der Gesetze läßt sich ein Anstieg um 9 Prozentpunkte verzeichnen. Dominie-

rend bleibt aber nach wie vor der Gesamtbefund, daß eine klare Mehrheit der Bevölkerung die bestehenden Umweltschutzgesetze nicht für ausreichend hält und eine stärkere Überwachung der Einhaltung von Gesetzen wünscht.

9.4 Ökologische Steuerreform und nachhaltige Entwicklung

Wichtige Diskussionspunkte und mögliche Handlungsperspektiven im Bereich der Umweltpolitik sind zum einen die Vorschläge für eine ökologische Steuerreform und zum anderen die Bemühungen um eine Etablierung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung.

Bezüglich der Vorschläge für eine ökologische Steuerreform wurde zunächst danach gefragt, ob die Zielpersonen von der Diskussion um eine solche Reform überhaupt schon etwas gehört haben. Bei denjenigen, die angeblich schon davon gehört haben, wurde zusätzlich erhoben, ob sie eine solche Reform befürworten oder nicht. Die Ergebnisse dazu sind in Tabelle 40 festgehalten.

Tabelle 40: Wissen um und Einstellungen zu einer ökologischen Steuerreform (Angaben in Prozent)

	ERHEBUNG 1998			ERHEBUNG 1996		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Von Diskussion um ökologische Steuerreform						
schon gehört	35	36	31	30	32	24
noch nichts davon gehört	65	64	69	70	68	76
Einstellungen zur ökologischen Steuerreform bei allen Befragten						
rasche Reform befürwortet	9	10	7	7	8	5
schrittweise Reform	19	20	17	18	20	13
auf Reform verzichten	7	6	7	5	4	6
von Reform nichts gehört	65	64	69	70	68	76
Einstellungen zur ökologischen Steuerreform bei den Befragten, die schon davon gehört haben						
rasche Reform befürwortet	27	28	21	24	25	19
schrittweise Reform	55	55	55	60	60	57
auf Reform verzichten	18	17	24	16	15	24

Fragen: (1) Haben Sie von der Diskussion um eine ökologische Steuerreform schon gehört? (2) Unter der Annahme, daß sich die gesamte Steuerbelastung nicht verändert, was vom folgenden würde am ehesten Ihre Zustimmung finden?

